Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 578. Mittag-Ausgabe. Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Dinstag, den 10. December 1878.**

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

13. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 9. December.

11 Uhr. Am Ministertisch Graf zu Eulenburg mit mehreren Commissarien.

Eingegangen sind zwei Anträge des Abg. Windthorst (Meppen), betreffend die Abänderung des Gesetzes betreffend die geistlichen Orden und ordensähnlichen Congregationen der katholischen Kirche und betr. die Sistirung des gerichtlichen Verfahrens gegen den Abg. Franz.

Der Gesetzentwurf betr. die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen wird auf den Antrag Löwenstein's an die für die Ausführung der Reichsjustizgesetze bereits eingesetzte Commission verwiesen. Der Herr Abgeordnete bemerkt dabei, daß die Regierung wohl daran gethan habe, bei den vielen bevorstehenden Neuerungen sich auf das Nöthwendigste zu beschränken und auf eine umfassende und einheitliche Regelung des Subhastations- und Sequestrations-Verfahrens vorläufig zu verzichten.

Sodann tritt das Haus in die zweite Berathung des Etats des Ministeriums des Innern ein. Zu Tit. 5 der Einnahmen (2,613,562 M. aus der Strafanstaltsverwaltung) bemerkt Abg. Eberty: Die Beschäftigung der Gefangenen verfolge hauptsächlich das Ziel, den Verbrecher in die Lage zu setzen, nach verbüßter Strafe sich selbst zu erhalten. Hiernach sei die Verdingung der Gefangenen an Privatunternehmer zu fabrikationsmäßiger Beschäftigung verwerflich und die Beschäftigung derselben zu öffentlichen Zwecken wie in England und Frankreich empfehlenswerth. Hieraus seien namentlich in England die ersprießlichsten Folgen entstanden: die strafbaren Handlungen nähmen daselbst in neuester Zeit im umgekehrten Verhältniß zu der Zunahme der Bevölkerung ab, während bei uns, zum Theil in Folge des mangelhaften Beschäftigungssystems der Gefangenen, die Zahl der strafbaren Handlungen mit der Bevölkerungszahl und weit darüber hinaus wachse. Ein Procentsatz der Rückfälligkeit von 79 Procent wie bei uns finde sich in der gebildeten Welt nicht wieder. Das von uns befolgte System schädige in gleicher Weise wie die Gefangenen auch den Arbeitsmarkt.

Zu Titel 1 der Ausgaben (Besoldung des Ministers 36,000 M.) melden sich 13 Redner zum Wort, unter denen nur zwei, v. Ludwig und Graf Bethusy-Huc, sich für die Vorlage haben einschreiben lassen. Um die Discussion auf ein bestimmtes Thema einzuschränken und gegen die Gefahr der Ziellosigkeit und Vermischung verschiedenartiger Beschwerden zu schützen, erklärt Abg. Virchow, der erste Redner, daß er die Absicht habe, die Zustände Berlins und die Ausnahmegesetze, die für die Hauptstadt und Umgegend in Wirksamkeit getreten sind, zur Sprache zu bringen und fragt den Herrn Minister des Innern, ob er Willens sei, über die neuesten Maßregeln eine Auskunft zu geben, welche als Unterlage für die Debatte dienen könne.

Minister Graf zu Eulenburg: Der § 28 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie sieht vor, daß, wenn die in demselben erwähnten Maßregeln getroffen sind, demnächst dem Reichstage sofort oder bei seinem nächsten Zusammentreten darüber Rechenschaft abgelegt werden soll. Deshalb ist die Regierung nicht aus eigener Initiative mit einer Mittheilung an dieses Haus getreten. Nachdem bereits früher der Wunsch ausgesprochen ist, über diese Maßregeln nähere Auskunft zu erhalten, bin ich bereit, sie zu ertheilen, da es den Wünschen der Regierung durchaus entspricht, auch der preußischen Landesvertretung die nöthige Auskunft zu geben. Die Voraussetzung zu der im § 28 vorgesehenen Maßregel besteht darin, daß Bezirke und Ortschaften durch die schon genannten Bestrebungen in Bezug auf ihre öffentliche Sicherheit gefährdet sind. Aus den Worten des Gesetzes ergiebt sich, daß die Gefahr keine unmittelbare zu sein braucht. Das Wort wurde in der ersten Lesung in der Commission in den Entwurf aufgenommen, aber in der zweiten gestrichen. Die Gefahr, welche eine solche Maßregel begründet, braucht nicht ausschließlich in der Befürchtung des Aufruhrs zu bestehen; es giebt noch andere Gefahren für die öffentliche Sicherheit.

In dem letzteren Sinne besteht aber nach der Ueberzeugung der Regierung für Berlin und seine Umgebung in der That eine allgemeine Gefahr. Das ganze Gesetz beruht auf der Erkenntniß der Gefahr des agitatorischen Treibens der Socialdemokraten. Daß diese Gefahr sich in Berlin in besonders hervorragender Weise gezeigt hat, wird in Aller Gedächtniß sein. Die große Zahl der hier angehäuften Anhänger, die Anwesenheit der hauptsächlichsten Leiter, die tumultuarischen, an Aufreizungen reichen Versammlungen, die demonstrativen Aufzüge zeigten, daß es ihnen darauf ankam, eine große Macht zu entfalten und ihr Bestreben zu bekunden, immer weitere Kreise zu gewinnen. Es hätte daher in der That die Frage aufgeworfen werden können, ob es nicht gleich nach Erlaß des Gesetzes angezeigt gewesen wäre, diese Maßregel in Berlin iu treffen. Sie erinnern sich, daß nach den beiden Attentaten von verschiedenen Seiten der Regierung die Frage ernstlich entgegengebracht wurde, ob es nicht im Interesse der Sicherheit geboten sei, über Berlin den Kriegszustand zu verhängen und daß der Kaiser sich veranlaßt gesehen hat, die vorübergehende Einführung der Paßpflicht anzuordnen. Da aber einige Maßregeln des Socialistengesetzes auf verschiedenen Seiten des Reichstages zu erheblichen Bedenken Anlaß gegeben haben, so schien es angezeigt, die Wirksamkeit der allgemeinen Maßregeln abzuwarten, zumal die Redner der Socialdemokratie im Reichstage und ihre Preßorgane sich nicht gleichmäßig über die Haltung der Socialdemokratie diesem Gesetze gegenüber äußerten. Von der Andeutung eines Widerstandes bis zu dem Hohn, der der Möglichkeit einer Wirksamkeit dieses Gesetzes in der allerdrastischsten Weise entgegengestellt wurde, gingen diese Aeußerungen über bis zur Andeutung einer völlig friedlichen Unterwerfung. Mit Schnelligkeit und Entschiedenheit wurden die im Gesetze vorgesehenen Maßregeln ausgeführt, leider bestätigte sich die Hoffnung auf eine friedliche Unterwerfung nicht. Die Socialdemokraten gingen darauf aus, das Gesetz auf jede mögliche Weise zu umgehen und zu vereiteln und das Vorhandensein desselben in agitatorischer Weise für ihre Zwecke auszubeuten.

Es traten deutliche Anzeichen dafür hervor, daß dieses Vorgehen ein planmäßiges sei, darauf abgesehen, die offene Organisation zurücktreten zu lassen und an ihre Stelle noch mehr als bisher eine geheime, der Oeffentlichkeit sich entziehende Organisation zu setzen. In kleinen, möglichst verborgenen Zusammenkünften traten die Socialdemokraten zusammen, um eine derartige Organisation ins Leben treten zu lassen; Versuche, revolutionäre und aufreizende Schriften der extremsten Art vom Auslande einzuführen, wurden in mehrfacher Beziehung wahrgenommen, überhaupt war die Thätigkeit der Leiter der Socialdemokratie eine außerordentlich lebhafte, und es mußte bald die Ueberzeugung auftreten, daß mit den bisherigen Maßregeln nicht auszureichen war. Die Regierung hat sich nicht verhehlt und im Reichstage dabei Zustimmung gefunden, daß man der Socialdemokratie mit Erfolg nicht würde entgegentreten können, wenn man die große Masse nicht von dem dauernden Einfluß der Führer befreite. Wenn diese Zustände schon allein eine erhebliche Gefahr enthielten, so trat in der großen Stadt Berlin, in dem Centrum des Lebens des deutschen Volkes, noch eine besondere Gefahr hinzu, welche es nothwendig machte, von den Mitteln des Gesetzes Gebrauch zu machen. Es scheint in der That, daß eine Zeitepoche eingetreten ist, in der die Fürsten in beständiger Lebensgefahr schweben. Die erschütternden Ereignisse des Sommers in Berlin haben uns die Gefahr auf das Lebendigste vor Augen gebracht; vor kurzer Zeit haben in Spanien und Italien traurige Ereignisse nicht blos die dortige Bevölkerung, sondern ganz Europa in neue Aufregung versetzt, denn es scheinen sichere Anzeichen vorzuliegen, daß jene Thaten, besonders die in Italien, nicht der Ausfluß verbrecherischer und excentrischer Gesinnung des Einzelnen seien, sondern auf einem Zusammenhange beruhen, sei es, daß eine wirkliche Verschwörung vorliegt — was ich nicht beweisen kann — sei es, daß die revolutionären Lehren der Socialdemokratie und der Internationale so weit um sich gegriffen hätten, daß die Auswüchse, derselben solche Ausbrüche veranlaßten. Ferner wurde constatirt, daß auch in Berlin Anhänger des Nihilismus und der Internationale vorhanden waren und daß sie mit den Führern der Socialdemokratie in Verbindung standen.

Diesen Erscheinungen gegenüber mußte ein wirksames Mittel ins Auge gefaßt werden. Da war einmal die Ausweisung; denn nur auf diesem Wege ist es möglich, verdächtige Personen, wenn sie nicht Ausländer sind, zu entfernen; ferner eine Beschränkung des Waffentragens. Diese Erwägungen haben die Regierung geleitet, daß sie die gesetzlichen Mittel gebrauchte, um die Schule des Verbrechens zu schließen; sie kann aber nur geschlossen werden, indem man die Lehrmeister entfernt. Mit Ihnen, mit dem Lande, mit dieser Stadt theilt die Regierung das schmerzliche Bedauern darüber, daß dergleichen Maßregeln nothwendig geworden sind. Der Preis aber, um den sie allein hätten vermieden werden können, war ein zu hoher; es war die Verantwortung. irgend etwas zu versäumen, was geeignet war, den öffentlichen Frieden und die Ordnung dieser Stadt, und vor Allem ein theures Leben zu sichern, welches dieser Stadt seit Kurzem wieder anvertraut ist. Es ist dies eine Verantwortung, welche die Regierung nicht tragen konnte und nicht tragen durfte; eine Verantwortung, die, dessen bin ich gewiß, das ganze preußische Volk nicht würde haben übernehmen wollen, auch die Einwohnerschaft dieser Stadt nicht, welche soeben ihrer Liebe und Verehrung für ihren theuren Kaiser und König in einer ebenso glänzenden als würdigen Weise Ausdruck gegeben hat. (Beifall rechts.)

Abg. Virchow: Ich danke dem Herrn Minister aufrichtig für seine loyale Erklärung, welche der in seiner Familie üblichen anständigen und männlichen Behandlung des Geschäftes des Landes entspricht. Ich will nicht nachträglich über die Einzelheiten des Gesetzes sprechen, und erkenne die Verpflichtung des Ministers an, das Gesetz voll auszuführen. Wenn ich im Augenblick vor der Rückkehr Sr. Majestät an der Stelle des Ministers gewesen wäre, so weiß ich nicht, ob ich nicht bei der Schwierigkeit der Situation zu demselben Entschlusse gekommen wäre. (Beifall rechts.) Auch will ich nicht behaupten, daß er sich zur falschen Stunde entschlossen habe. Anders steht es in Bezug auf die Entstehungsgeschichte der Maßregel und die von ihr betroffenen Personen. Ich spreche Namens der Berliner Abgeordneten. Wir glaubten, es unsern Wählern schuldig zu sein, die Gründe, aus welchen die Maßregel verhängt wurde, hier zu discutiren. Ist denn Berlin so schlecht, wie es dargestellt wird, verdient es speciell ein solches Gesetz (Unruhe rechts) und sind auf Berlin alle Uebel zurückzuführen, wie es jetzt geschieht? Wir antworteten mit vollem Ernste: Nein. Wir könnten uns auf die Anstrengungen berufen, die Berlin gemacht, um aus dem Verhältniß herauszukommen, in welches es durch den Socialismus gelangt ist und darauf, daß es, wie die Regierung anerkennt, uns aus eigener Kraft gelungen ist, ja sogar gegen gewisse Pseudofreunde der Regierung, welche in einzelnen Bezirken den Cultusminister als Reichstags-Candidaten aufstellten, Berlin bis auf einen, von socialistischen Reichstags-Abgeordneten zu befreien. Wer aber hat vor allem Berlin zum Herd des Socialismus gemacht? Der Vorgänger des Herrn Ministers des Innern! (Oho rechts, Zustimmung links.) Wenn die Aufzüge, Versammlungen, Demonstrationen 2c. stattfanden, die der Minister anführt, stand der Berliner staunend daneben und fragte: wo ist denn die Polizei? (Sehr richtig links.)

Wir konnten doch nicht das Einschreiten der Polizei gegen den von Woche zu Woche anwachsenden Fanatismus von Männern und Frauen bei diesen auf dem Gebiete des Versammlungsrechts stattfindenden ungewöhnlichen Ereignissen fordern! Aber wir haben hier und in unsern Versammlungen die Anklage erhoben, daß die Polizei jeder socialistischen Action scheinbar volle Freiheit lasse, während man uns nicht schützte, wenn die Socialdemokraten unsere Verhandlungen durch Geschrei und wüste Eingriffe hinderten. (Hört!) Es waren dies die Zeiten, von denen der Herr Reichskanzler vor nicht langer Zeit erzählte, als er selbst Gefallen daran fand, Lassalle wie eine Art Gutsnachbar zu behandeln. Ja ich habe hier an derselben Stelle dem Ministerpräsidenten auf den Vorwurf, daß wir Fühlung mit dem Socialismus hätten, geantwortet: „Wir überlassen Ihnen Herrn Lassalle vollständig“. Eigentlich praktisch für Berlin wurde das Ding aber erst, als v. Schweitzer und Tölke mit seinem bekannten Stock auf die Bühne trat. Diese Affaire möge der Minister in seinem und des Polizei-Präsidiums geheimen Acten studiren, um das Großziehen des Socialismus zu einer welterschütternden Macht zu begreifen. Ich weiß nicht, wie weit Graf Eulenburg I. bei der Speculation der Regierung, vermöge des Socialismus die Fortschrittspartei zu entwurzeln, betheiligt war. Es giebt in Preußen mächtigere Einflüsse, als die des Ministers des Innern. Aber es mußte der Versuch gemacht werden, dem bösen Fortschrittswesen durch den Socialismus beizukommen, dem Teufel durch den Beelzebub. (Große Heiterkeit!) Das war das Recept, welches zurecht gemacht wurde. Man dachte, man könnte die Canaille sich gegenseitig abthun lassen, aber der Socialismus wurde eine selbstständige Macht. Die politischen Parteien sind eben nicht chemische Ingredienzien, welche man in einem Topfe so zusammenrührt, daß die Säuren durch die Alkalien neutralisirt werden. Die Menschen sind nicht Säuren und Alkalien, sondern Individuen und kommen immer wieder als einzelne Personen zu Tage, gruppiren sich immer wieder zu Massen, ohne daß sie in diesem Durcheinander vollständig verloren gehen. Man bekommt eben keine Mittelsalze heraus. (Heiterkeit.)

So sind wir in diese Sache hineingekommen, und ich erhebe hier die Anklage, daß wir hineingekommen sind durch die schlechte Politik des Reichskanzlers. (Unruhe rechts — Sehr richtig! links.) Und um wieder herauszukommen, versinken wir tiefer und tiefer in eine Gesetzgebung, die einen immer peinlicheren und widerwärtigeren Charakter annimmt. (Sehr richtig!) Wenn nun der Minister die neuen Ereignisse in Spanien und Italien anführt, so frage ich, ob denn die Verantwortlichkeit, die er trägt und die ich anerkenne, dahin führen wird, daß ewig Berlin unter dem Ausnahmegesetz stehen wird. (Zuruf: Ein Jahr!) Täuschen Sie sich nicht darüber, daß, wenn dies eine Jahr vorüber ist, die Sache genau eben so steht wie jetzt und dann wieder ein Jahr kommt und jedes Jahr wieder eine Prolongation. Wann soll denn das Ende kommen? (Zuruf des Abg. Rickert: 2½ Jahr steht im Gesetz!) Nun sagt Herr Rickert, das steht im Gesetz; es ist aber von seinen Freunden draußen anerkannt worden, daß eine Prolongation des Gesetzes nothwendig sein wird. (Abg. Rickert: Von wem denn?) Von Herrn von Hölder. Hier thut man immer wer weiß wie tapfer und nachher macht sich die Sache doch anders. (Heiterkeit.) Es wird mit den 2½ Jahren wie mit dem einen 1 Jahre gehen, und warum soll man auch nicht prolongiren? (Heiterkeit.) Das, was man einmal im Jahre 1878 beschlossen, kann man in alle Ewigkeit fortbeschließen, es wird kein Grund eintreten, davon zurückzukommen, so wenig vorher Grund vorlag, darauf einzugehen. (Sehr richtig!) Aber da das Gesetz einmal da ist, so muß der Minister es so anwenden, daß man ihm nicht sagen kann: Hier ist wieder ein Attentat versucht worden; du hast deine Pflicht und Schuldigkeit nicht gethan, hättest du es gethan, so wäre das nicht geschehen. Noch heute giebt es Leute, die der Meinung sind, daß, wenn nach dem ersten Attentat das Gesetz angenommen wäre, das zweite Attentat nicht eingetreten sein würde.

Eine solche Behauptung grenzt nahe an Blödsiun, gleichwohl wird sie wiederholt und acceptirt, weil es immer Leute giebt, welche sich die Aufgabe zu denken so wenig stellen, daß sie es glauben. Und doch, wenn dieses Gesetz einmal da war und die Minister hätten es nicht in Anwendung gebracht und es hätte sich das Unglück eines Attentates wiederholt, so würde alle Welt mit Recht gesagt haben: Ihr habt das Gesetz, wendet es nicht an und laßt geschehen, daß sich nun doch ein solches Ereigniß wiederholen kann. Diese Situation wird fortbestehen, denn in keinem Moment kann man sagen, daß die Aera der politischen Meuchelmörder geschlossen ist und der Gedanke des Königsmordes nicht in ein verbranntes Gehirn einziehen kann. Vielmehr zeigt die Geschichte von Zeit zu Zeit eine epidemische Steigerung dieser Verbrechen. Aber es giebt kein bestimmtes Cenrrum, von dem diese Einwirkung ausgeht und durch bestimmte Personen übertragen wird. Sie glauben durch die Ausweisung der Führrr Berlin schon gesäubert zu baben; aber bedenken Sie denn auch, welche Anklage Sie damit erheben? Hat der Herr Minister denn in der That das Material, um die aus Berlin verwiesenen Personen bezichtigen zu können, daß sie auch nur entfernt dazu beigetragen haben, auf die Verwirklichung des Königsmordes oder auch nur auf die Billigung desselben hinzuwirken? Mir ist von keinem der Ausgewiesenen irgend etwas der Art bekannt, und in diesem Sinne hat der Minister von der Schließung der Schule des Verbrechens, wie ich hoffe, nicht gesprochen. Er selbst hat sich nur darauf berufen, freilich ohne es nachgewiesen zu haben, daß die Organisation der Socialisten im Geheimen fortbesteht, und auf die neuesten Attentate. Es ist aber doch ein großer Unterschied zwischen Revolutionär sein und zwischen Neigung zum Königsmord. Es giebt in vielen großen Städten Europas viele, ich kann sagen, gute Revolutionäre, gewisse Radicale, die immer bereit sind, dabei zu sein, wenn es ein Bischen weiter geht, und die ihr Leben auch einsetzen für die Sache, und denen es nicht darauf ankommt, bei Gelegenheit eines Kampfes auch Andere zu tödten. Aber dieselben Personen wären doch nicht zu haben, wenn es sich darum handelte, einen Mordversuch zu machen auf eine bestimmte Person.

Das ist doch ein großer Unterschied, und es heißt doch in der That sich versündigen an dem guten Ruf der Revolutionäre, wenn man sie einfach zu Königsmördern stempeln will. So waren unter den Theilnehmern an den großen Aufzügen sicherlich viele Revolutionäre, die keinen Augenblick zweifelhaft gewesen wären, wenn es sich darum gehandelt hätte, den Straßenkampf zu beginnen. Aber, meine Herren, ganz anders liegt doch die Sache, wenn es sich darum handelte, die Waffen zu erheben, um einen einzelnen Mann anzufallen, wenn es auch nicht der Kaiser des Deutschen Reiches wäre. Wir Berliner — ich darf mich in diesem Augenblick mit als Wähler betrachten — stimmen ja ganz mit der Regierung überein in dem Wunsche, daß Alles geschehen möge, um die Schule des Verbrechens zu schließen; aber suchen wir nicht immer die Verbrecher auf den falschen Plätzen, und benutzen wir nicht jedesmal Handlungen, die möglicherweise einem einzelnen verbrecherischen oder vielleicht nur geisteskranken Kopfe entspringen, um daraus im politischen Kampfe Capital zu schlagen! Ich will das zweite Attentat hier nicht erörtern, aber ein Socialist hat im Reichstage mit Recht bemerkt, daß die Regierung die Acten contra Nobiling noch nicht publicirt hat, und es deshalb gänzlich unmöglich ist, aus diesem Fall Material gegen die Socialisten zu entnehmen. Deshalb scheint es mir vorläufig gerecht zu sein — und Gerechtigkeit ist der Anfang jeder vernünftigen Operation auch unter den politischen Parteien (Sehr wahr!) —, daß wir uns diese internationaken Fälle nicht in unser Staatsrecht hineinschneiden lassen. Sollen wir das, was ein, soweit ich nach den Zeitungen urtheilen kann, ganz hirnverbranntes Subject in Spanien gethan hat, ohne Weiteres für uns verwerthen? Lassen Sie uns diese schwere Katastrophe, die in der Ausweisung von 40 größtentheils verheiratheten Männern, meist Familienvätern, gipfelt, die hilflos hinausgewiesen werden, als Grundlage für unser Urtheil dienen. Was jetzt geschieht, ist weit mehr, als woran man im Reichstage hauptsächlich gedacht hat. Praktisch kommen Sie in der Consequenz dieser Dinge in der That sehr bald zur Landesverweisung, denn man wird die sogenannten Lehrer des Verbrechens von Ort zu Ort treiben, bis sie aus dem Lande gehen müssen. (Widerspruch rechts.)

Meine Herren, es scheint, als ob das drüben bei Ihnen sogar der Gegenstand der Lächerlichkeit wäre. (Rufe rechts: Nein.) Es giebt ja eine gewisse Gradation von Abhärtung, aber daß man zuletzt bis zum Inhumanen kommen kann, ist mir in der That neu. (Rufe aus dem Centrum: Jesuiten!) Bei dem Jesuitengesetz hat man doch wenigstens die Milde geübt, daß man auf einmal entschieden hat. (Große Heiterkeit.) Ja, meine Herren, wir hätten es immer noch als Milde empfunden, wenn man sich den Socialisten gegenüber einfach auf Landesverweisung entschlossen hätte. (Rufe aus dem Centrum: Ausweisung der Geistlichkeist.) Ich sage nur, daß es die allerunglücklichste Politik ist, durch die einzelnen Polizeibehörden successive die Operationen ausführen zu lassen, die man einmal als nothwendig erkannt hat. Diese allmälige Vertreibung erregt immer nur neue Erbitterung und umgiebt die Vertriebenen mit einem Heiligenschein. In dieser Beziehung hat sich bei uns ein neues Dogma gebildet, dem es nur an den nöthigen Märtyrern fehlt, welche draußen stehen und in den Zurückbleibenden die Hoffnung auf einen dereinstigen endlichen Sieg nähren. Auf diese Weise wird die Schule des Verbrechens nicht geschlossen. Treten wir lieber derselben auf dem Markte des öffentlichen Lebens direct entgegen, und führen wir den Kampf angesichts der Personen, um deren Herzen und Köpfe es sich handelt; dann werden wir den Sieg davontragen. (Beifall links.)

Abg. v. Ludwig: Auch ich muß die von dem Minister des Innern angeordneten Maßregeln billigen und die Geschicklichkeit anerkennen, mit der er die ihm durch das Socialistengesetz gegebenen Vollmachten ausgeführt hat. Wenn sich die Socialdemokraten jetzt ruhig verhalten, so zeigen sie nur, daß sie klug und gut genug organisirt sind, aber sie sind jetzt verbitterter als jemals und würden jede Gelegenheit zum Umsturz gern benutzen. In positiver Beziehung ist dagegen von Seiten der Regierung noch nichts geschehen. Fürst Bismarck weiß selbst noch nicht, was er machen soll, und seine Minister warten auf Befehle von ihm. (Heiterkeit.) Die große Ausdehnung der Socialdemokratie ist nur die Folge der Politik des Fürsten Bismarck mit allem, was drum und dran hängt. Im Großen und Ganzen ist diese Politik nur ein Abklatsch der des Grafen Cavour. Der Redner geht auf das Jahr 1848, die Kriegsjahre, den Culturkampf und die Gründerzeit zurück und Präsident v. Bennigsen hat nicht nur Mühe, ihn bei der Sache zu halten, sondern ihm auch in Bezug auf die Citation angeblicher, jedenfalls sehr peinlicher Thatsachen eine sorgfältigere Auswahl zu empfehlen. Der Redner, der im Namen von Millionen zu sprechen versichert, empfiehlt die Rückkehr zur Religiösität und das Abtragen der Mauer, die das Ohr des Kaisers hindert, die Wahrheit zu hören. Das sei Sache der Minister, die auch dem Fürsten Bismarck erklären müßten, in welcher Gefahr Land und Herrscherhaus schweben. Der Fürst habe schon einmal das Beispiel der Umkehr gegeben: möge es die schönste Aufgabe seines Lebensabends sein, sich auch von den Irrthümern einer zweiten Epoche abzuwenden und damit den Staat zu retten. Auf die Wiedergabe der Kraftworte der Rede und ihres lebhaften Colorits im Ganzen müssen wir verzichten.

Abg. Richter (Hagen): Niemals sind mir die Nachtheile einer Rednerliste klarer gewesen gegenüber der Geschäftsordnung des Reichstages, als in diesem Augenblick. Aus dem äußeren Umstande, daß ich Herrn v. Ludwig nach der Liste folge, entnehme ich keine Verpflichtung, etwas zu erwidern auf das, was er gesagt hat. (Sehr richtig!) Er gehört zu denjenigen Abgeordneten, die man parlamentarisch als wilde bezeichnet, und für die keine Partei eine Verantwortung übernimmt. Seine Rede hat mich wieder davon überzeugt, daß man nicht gerade Socialist zu sein braucht, um in socialistischer Weise Reden zu halten. Sie erhob sich in keinem Punkte über das Niveau irgend eines socialistischen Reichstagsredners, was die allgemeinen unerwiesenen Anführungen, die allgemeine Verdächtigung und die Erregung des Klassenhasses anbetrifft. Ich persönlich und meine Partei haben die Gefahren des Socialismus zu keiner Zeit unterschätzt, noch sind wir in entschiedener Bekämpfung derselben zurückgestanden. Ich will heute nicht darauf zurückkommen, wie entgegengesetzt die Regierung früher den Socialismus behandelt hat. Nicht der Widerspruch gegen den Socialismus trennt uns jetzt von der Regierung, sondern nur die verschiedene Ansicht über die geeigneten Mittel zur Bekämpfung. Das Socialistengesetz haben wir nicht angenommen, weil es uns nicht geeignet schien, die Gefahr des Socialismus zu mildern. Heute ist bereits widerlegt, daß das Gesetz und die daran geknüpften Maßnahmen geeignet gewesen sind, die socialistische Agitation in Berlin wie mit einem nassen Schwamm zu beseitigen. Was bereits ich im Mai voraussagte, ist eingetreten. An Stelle der öffentlichen Agitation sind die geheimen privaten Verbindungen in kleineren Kreisen getreten. Es ist auch ganz natürlich, daß die Socialisten in dieser Weise ihre Verbindung aufrecht zu erhalten suchen. — Ein Mehreres kann ja auch der Minister des Innern ihnen nicht nachsagen. Nachdem man jetzt die aus der öffentlichen Thätigkeit bekannten Personen ausgewiesen, erscheint die Verbindung in eine noch dunklere Schattirung zurückgedrängt.

Früher konnte die Regierung an den öffentlichen Agitationen die Gefahren sicher bemessen; nun wird sie in ihren Schätzungen der Gefahr immer unsicherer und mag sich der Minister Eulenburg durch das Gefühl dieser Unsicherheit haben bestimmen lassen, gleich von der äußersten Vollmacht des Gesetzes Gebrauch zu machen. Ist aber das Wenige, was er thatsächlich angeführt hat, in seiner Allgemeinheit geeignet, in den Augen des unbefangenen Publikums die gegen gewisse Socialistenführer gerichteten persönlichen Maßnahmen zu rechtfertigen? Wenn dies nicht der Fall, wird

man alsdann in dem Publikum jetzt der Stimmung begegnen, die es ermöglicht, unter den Anhängern der Socialisten bessere Ueberzeugungen hervorzurufen? Und doch ist das Hervorrufen besserer Ueberzeugungen schließlich das einzige, dauernden Erfolg versprechende Mittel. Man hat geglaubt, der Erlaß des Socialistengesetzes werde Handel und Verkehr von einer gewissen Beunruhigung befreien. Aber gerade die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes hat die Unsicherheit in der Schätzung der Gefahr vom Minister des Innern auf weitere Kreise übertragen, welche nach Unterdrückung der öffentlichen Agitation die wirkliche Macht der Gefahr noch weniger beurtheilen können. Das Preßbüreau hat diese Beunruhigung durch Schilderung des Eindrucks des Einzugsfestes wegzuwischen versucht. Das officiöse „Wolff'sche telegraphische Bureau" versandte ein Telegramm, welches nichts Thatsächliches enthält, sondern in den Provinzialzeitungen an hervorragender Stelle einen Stimmungsbericht einführen will, der so lautet, als ob die Berliner den Eindruck des Festes, auf den kleinen Belagerungszustand und den Minister Eulenburg zurückführen. Am Donnerstag aber haben die Berliner weniger als jemals an den Belagerungszustand, den Minister oder den Reichskanzler gedacht, sondern alle politischen Bedenken zu Hause gelassen. Dieser Tag gehörte in Berlin dem Kaiser ganz allein, und ihm allein war die ganze Feier gewidmet. Die Berliner Bevölkerung, dem Hause Hohenzollern und vor Allem unserm Kaiser selbst so anhänglich, wie irgend eine andere im Reiche, wollte diesem Gefühl lebhaften Ausdruck geben. Es kam hinzu eine echt menschliche Theilnahme an der glücklichen Errettung des greisen Monarchen aus wiederholter Gefahr und nicht minder das Gefühl der Dankbarkeit für das Vertrauen, mit dem der Kaiser in eine Stadt zurückkehrte, die leider Stätte jener Frevelthaten hat sein müssen.

Ich beurtheile Berliner Festlichkeiten nicht allein nach dem, was unter den Linden veranstaltet wird. Eben deshalb sage ich, kein Fest, selbst nicht der Einzug von 1866 und 1871, ist in so weiten Kreisen der Berliner Bevölkerung gefeiert worden, wie dieses. (Sehr richtig!) Der Herr Minister hat dies heute gebührend anerkannt. Ich möchte wünschen, daß hiernach die Berliner Bevölkerung künftig sowohl in den Reichstagsreden des Kanzlers, als in der „Prov.-Corresp." und in der officiösen Presse gerechter beurtheilt wird. Derselbe Boden, den man als die Vorfrucht der Socialdemokratie zeitigend beschädigt hat, ist es, auf dem solche patriotische Kundgebung erwachsen ist (Hört!) und wenn Sie genauer zusehen, sind dieselben Männer es auch, welche dieses Fest im Ganzen, in den einzelnen Bezirken und Häusern geleitet haben, es auch, welche auf die politische Haltung der Bevölkerung von Berlin einen hervorragenden Einfluß ausüben. Wir stellen uns nicht als Generalpächter des Patriotismus hin oder behaupten, davon mehr zu besitzen als Andere; aber wir müssen uns ausbitten, uns, was Anerkennung des Patriotismus betrifft, würdiger zu behandeln, als bisher vielfach geschehen. Hat das Einzugsfest auch diese von seinen Veranstaltern beabsichtigte Wirkung, so wird es auch darin eine segensreiche Wirkung ausüben. (Beifall.)

Abg. Graf Bethusy-Huc: Ich war zweifelhaft, ob es zweckmäßig sei, eine Besprechung einer Maßregel in einem Particular-Landtage herbeizuführen, welcher darüber keine beschließende Stimme hat und darüber, ob dieses nicht ein Eingriff in die Rechte des Reichstages sei. Aber diese Maßregel greift so tief in die Rechte der Privaten ein, daß ihre Wichtigkeit mich über diese politischen Zweifel hinwegsetzt. Ich hoffe, daß diese Debatte die Stellung der Parteien unter einander und zur Regierung klären wird. Der Abg. Virchow hat selbst anerkannt, daß er in der Stellung des Ministers sich ebenfalls die Frage gestellt haben würde, ob er von seinen gesetzlichen Befugnissen Gebrauch machen solle.

Zu meiner Betrübniß könnte die Rede des Abg. Virchow zu einem erheblichen Mißverständniß Anlaß geben. Er unterschied hinsichtlich der größeren und geringeren Strafbarkeit und Respectabilität der Individuen zwischen solchen, die sich zum Königsmord hinneigen und solchen, welche sich nur zur Revolution mit gewaffneter Hand entschließen würden. Gewiß wollte es der Abgeordnete Virchow nicht, aber diese Deduction könnte leicht die Auslegung erfahren, daß in dem gesetzgebenden Körper Preußens die Revolution mit gewaffneter Hand irgend welche Vertretung und Rechtfertigung finde. Solchen Verdacht muß ich entschieden zurückweisen. Wer macht der Regierung heute den Vorwurf, daß die Polizei nicht scharf genug gegen die Socialdemokratie vorgegangen sei? Die Partei, welche seit 18 Jahren beständig über die Eingriffe der Polizei in die Rechte der Bürger klagt und welche die Befugnisse der Polizei in jeder Hinsicht zu beschränken strebt. Soweit dieses berechtigt war, sind wir mit Ihnen gegangen, doch haben wir immer die Polizei anerkannt als nothwendig für den Schutz der Sicherheit des Staats und seiner Bürger. Bei dem Abg. Virchow fängt aber das Verlangen nach polizeilichem Schutz erst an, wenn es sich um seine eigene Partei handelt. Er ist nicht frei von der deutschen Eigenthümlichkeit, welche lieber die süße Gewohnheit des Athmens aufgiebt, als die süße Gewohnheit des Opponirens, welche sich erst unter die Fittiche des Adlers begiebt, nachdem er dessen Schwungfedern gelähmt hat. Der Abg. Virchow hat der ganzen Politik des Fürsten Bismarck in ihren Zwecken und Zielen Schuld an der Socialdemokratie gegeben und ist dabei auf den längst abgethanen Zwischenfall mit dem verstorbenen Lassalle gekommen. Soweit der Reichskanzler dabei betheiligt ist, kann daraus kein Vorwurf der Koketterie mit der Socialdemokratie hergeleitet werden. In jener Zeit mußte die Regierung ihre Gegner kennen lernen, um zu beurtheilen, wer der gefährlichere sei. Abgesehen von der mir politisch wenig sympathischen Persönlichkeit des Geh. Raths Wagner hat die Regierung der Socialdemokratie thatsächlichen Vorschub nicht geleistet.

Die Ziele der Bismarck'schen Politik waren die Einigung der deutschen Nation in ein Reich und die Kräftigung unserer inneren und äußeren Stellung, Ziele, welche die Fortschrittspartei längst vor dem Eintritt des Fürsten Bismarck in das Ministerium auf ihre Fahne geschrieben hat. Können Sie es denn gar nicht vergessen, dah er dazu andere Mittel angewendet hat, als Ihre vollkommen unbrauchbaren? Sie hatten immer gute Absichten, aber schlechte Mittel. Deshalb haben Sie gegen den Frieden mit der siegreich zurückkehrenden Regierung die Reichsverfassung und unsere meisten Organisationsgesetze verworfen. Sie sind die Kraft, die stets das Gute will und doch das Böse schafft. Sie haben stets dazu beigetragen, die Autorität zu lockern, und nur da, wo das in gewisser Hinsicht geschah, haben wir uns einmal Ihrer geehrten Bundesgenossenschaft zu erfreuen gehabt. Die anfängliche Concession des Abg. Virchow, daß der Minister gesetzmäßig verfahren sei, hat derselbe später so restringirt, daß der Abg. Richter gar nicht nöthig hatte, diese Maßreger als eine absolute Thorheit darzustellen. Ob dieselbe nothwendig war, vermag ich nicht zu beurtheilen, ich glaube, auch der Minister nicht mit absoluter Gewißheit. Aber wenn die Regierung die Ueberzeugung von der Wahrscheinlichkeit der Gefahr hatte, dann hätte sie ihre Pflicht verletzt, wenn sie nicht die geeigneten Repressionsmaßregeln ergriffen hätte. Wie die verantwortlichen Minister die Erlasse des Königs, so contrasignirt diese ministerielle Maßregel das gesammte Volk. Nicht gegen die Person des Königs waren die Attentate gerichtet — das wäre undenkbar —, sondern gegen die in ihm verkörperte Idee des Staates und der Summe der Bürger. Die Regierung hat also nicht nur zum Schutze des Monarchen, sondern zum Schutze der Gesammtheit handeln müssen. Ich glaube nicht, daß die ausgewiesenen Personen zum Königsmord fähig sind, aber die Lehren dieser Secte können in hirnverbrannten Köpfen den Plan des Königsmordes erzeugen. Die socialdemokratische Presse hat auch vor Erlaß des Socialistengesetzes die Attentate der russischen Nihilisten so apotheosirt, daß sie dadurch ihre milde Beurtheilung anderer ähnlicher Vorgänge nicht ausschloß. Wie kann man aber besser eine Organisation vernichten, als indem man die Führer entfernt. Sagte nicht schon Brutus: Man muß die Mohnköpfe abschlagen! Ist das eine Logik, daß man die offene Agitation nicht unterdrücken soll, weil man die geheime nicht treffen kann? Was die Loyalität Berlins betrifft, so kann man bei politischen Maßregeln die Woche nicht nach dem Sonntag beurtheilen. Stellte man die Frage, so würde das ganze Land die Antwort ertheilen: die Regierung hat ihre Pflicht gethan. (Beifall rechts.)

Abg. Hänel: Die letzte Behauptung des Vorredners würde doch nur zutreffen, wenn das Volk sich entweder nach dem Wunsche des Grafen Bethusy blindlings den Anordnungen des Ministeriums unterwürfe, oder wenn es vollkommen über die Begründung der Maßregel orientirt wäre. In der Rede des Ministers werden keine die Sicherheitsmaßregeln begründenden Thatsachen, sondern nur allgemeine Andeutungen und Besorgnisse mitgetheilt. Ich habe auch gar nicht mehr erwartet, der Minister kann gar nicht mehr sagen, er ist noch mit der Beobachtung her Thatsachen beschäftigt, wobei eine unzeitige Publicität schädlich sein könnte. Daß geheime Verbindungen sich constituiren würden, haben wir vorausgesagt. Das fällt aber unter das Strafgesetz, es stehen also criminalistische Untersuchungen und Processe in Aussicht. Erst wenn das gesammte Material vorliegt, wird man sich ein definitives Urtheil über die Maßregel bilden können. Wenn der Graf Bethusy also nicht ein blindes Urtheil wünscht, so war sein Appell mindestens verfrüht. Zu einem definitiven Urtheil liegt weder nach Zeit noch nach der Lage der Gesetzgebung ein Anlaß vor; der Graf Eulenburg kann seine Aeußerungen hier genau auf das Maß dessen beschränken, was ihm angemessen erscheint. Deshalb kann man die Maßregel jetzt nicht verurtheilen — das thut keiner von uns — man kann sie aber auch nicht verherrlichen, wie der Graf Bethusy. Der sprach, als ob er bereits in der Regierung säße. Zu dieser Verherrlichung hat Graf Bethusy um so weniger Grund, als er sich als Held des monarchischen Bewußtseins aufspielt. In breiten Schichten der Berliner Bevölkerung schien diese Maßregel nicht in Einklang zu stehen mit dieser joyeuse entrée und mit dem alten monarchischen Princip, daß die Nähe des Herrschers Milde und Gnade bedeutet. Man fand es nicht für angemessen, daß eine solche Maßregel getroffen würde nur um die Verantwortlichkeit der Minister zu decken und diese Debatte sollte Anlaß geben, daß der Minister noch andere Beweggründe dafür entwickele.

Der Graf Bethusy hat sodann einen Spontanangriff gegen meine Partei mit deplazirten Witzworten seines Herrn und Meisters gemacht. Es liegt ja ein gewisser Widerspruch darin, daß wir unseren idealistischen Standpunkt noch festhalten, trotzdem wir die Resultate der Politik des Reichskanzlers, die Einigung Deutschlands, voll und ganz acceptiren. Aber wir haben dazu volle Veranlassung. Die sociale Frage bewegt die Welt; ihr Zweck ist die moralische und wirthschaftliche Hebung der unteren Klassen über ihr jetziges Niveau. Wir wollen dieses allgemeine Ziel erreichen auf dem Wege der allmäligen Entwickelung und bekämpfen die socialdemokratische Methode des plötzlichen Umsturzes und der Gewalt. Kann man es uns verargen, daß wir auch die Erreichung politischer Ziele auf friedlichem Wege befürworten? Sie können uns nicht zwingen, Zeugniß von unserem Patriotismus abzulegen durch die Verherrlichung der Gewalt. Der Graf Bethusy führt auch falsche Thatsachen an. Der Fürst Bismarck hat selbst anerkannt, daß er bei der norddeutschen Bundesverfassung größere constitutionelle Concessionen gemacht hätte, wenn man fest darauf bestanden hätte. Unser negatives Votum ist hier vollkommen gerechtfertigt. Wir haben für die beiden süddeutschen Verträge, aber gegen den bairischen wegen seiner Reservatrechte und demnächst dennoch für die deutsche Verfassung im Ganzen gestimmt. Graf Bethusy sollte also nicht mit abgebrauchten Redewendungen eine Partei charakterisiren, die eben so alt ist wie die seine und ihr an Hingebung für das Vaterland in keiner Weise nachsteht. Der Graf Bethusy sagt, wir riefen den Schutz der Polizei nur für die eigene Partei an. Die Regierung hat immer die Ansicht gehabt, so lange die Socialdemokratie nur gegen die Fortschrittspartei auftritt ist sie probat. Es ist aber nun erwiesen, daß sie die gesammten Grundlagen aller Ordnungsparteien untergräbt. Wir haben gegen die Socialdemokratie auch nicht die Anwendung von Polizeiwillkür, sondern der bestehenden gemeinen Gesetze verlangt.

Daraus, daß man das nicht gethan, hat man die falsche Schlußfolgegezogen, dieselben seien nicht ausreichend. Ich glaube auch nicht, daß die Beseitigung der Führer große Erfolge haben wird und das vom Grafen Bethusy empfohlene Rezept des Brutus, das übrigens ein Mann, Namens Tarquinius gegeben hat (Heiterkeit) — die Beseitigung der Häupter der Hohen, wenn es allgemein wird, könnte zu äußerst bedenklichen Consequenzen führen. Der Graf Bethusy hat sodann mit der ihm eigenen Verve Protest im Namen aller Parteien dagegen eingelegt, als ob hier irgend jemand die gewaltsame Revolution rechtfertigen könne. Welche Legitimation und welche Veranlassung hatte er dazu? Das heißt aus einem möglichen Mißverständniß ein nothwendiges machen. Denn sein Protest muß zu der Meinung führen, der Abgeordnete Virchow hätte Veranlassung dazu gegeben, während das Gegentheil der Fall ist. Er warnt davor, daß man nicht allgemeine revolutionäre Pläne, die er seinen Gegnern zuschreibt, verwechsele mit dem Königsmord. Wer ein so gutes Gewissen hat, wer so objectiv ruhig spricht, wer so fest auf dem verfassungsmäßigen Boden steht, wie wir, der braucht solche lauten Proteste und Loyalitätsbezeugungen nicht wie der Graf Bethusy. Im Namen aller Parteien und im Interesse einer geordneten Führung unserer Debatten, bestreite ich ihm das Recht zu einem solchen Proteste.

Abg. v. Rauchhaupt: Meine politischen Freunde und ich danken nicht blos dem Minister des Innern für die von ihm getroffenen Maßregeln und seine heutige Erklärung, sondern auch der Fortschrittspartei, welche heute, durch den Abg. Virchow, so ihre Karten gezeigt hat. Es war ein schwerer politischer Fehler der Fortschrittspartei, diese Frage überhaupt hier im Plenum vorzubringen. In der heutigen Debatte hat sich die Fortschrittspartei ebenso scharf von der nationalliberalen Partei, wie von uns gesondert. Wenn der Abg. Virchow nicht blos dem Minister des Innern, sondern der ganzen Politik des Reichskanzlers die Schuld an unseren Zuständen zuschob, so enthält das eine Verurtheilung derjenigen Partei, welche den Fürsten Bismarck in dieser Politik unterstützte. Die Fortschrittspartei hat heute bewiesen, daß der Riß factisch existirt zwischen ihr und uns. Man hat sich auf die vortreffliche Haltung Berlins berufen; aber gerade diese Haltung, welche die Stadt zeigte, als sie den Kaiser empfing, rechtfertigt die Maßregel, damit die Gefühle der Anhänglichkeit und die bewiesene Liebe für Recht und Ordnung nicht gestört werden. Man kann überhaupt dem Ministerium keinen Vorwurf machen, denn nach Lage der früheren Gesetzgebung war es nicht möglich, den Ausschreitungen der Socialdemokratie wirksam entgegenzutreten. Wäre das möglich gewesen, so würde das Socialistengesetz überhaupt nicht nöthig gewesen sein. Die Position, welche die Fortschrittspartei jetzt wieder einnimmt, ist die Negation der Stellung der nationalliberalen Partei. Die Thore der Gesetzgebung sind von Ihnen so weit gemacht worden, daß die Polizei nichts mehr thun kann, wenn sie selbst wollte. Wenn Sie sich über den Erlaß des Ministers des Innern beschweren, so zeigen Sie, daß Ihnen das Gefühl der Pflichtverantwortung fehlt, das wir empfinden in der gegenwärtigen Situation des Staates. Auch wir glauben nicht, mit diesem Gesetz den Königsmord verhindern zu können, aber wir glauben, unsere Schuldigkeit thun und versuchen zu müssen, die hochste Obrigkeit des Staates zu schützen.

Der Abg. Virchow hat hier positiv von guten Revolutionären gesprochen. (Zur Fortschrittspartei) Ist das Ihre politische Moral? Nach seinem Wortlaut bezieht sich das Socialistengesetz nicht blos auf den Königsmord, sondern auf die Revolution. Noch schlimmer ist das, was Virchow bezüglich der Jesuiten gesagt hat, daß es doch milder gewesen sei, sie auf einmal ganz des Landes zu verweisen. Ist das die Moral einer politischen Partei? Ihr Fehler ist, daß Sie immer die falschen Mittel ergreifen gegen das, was Sie bekämpfen wollen. Nach der heutigen Debatte werden die Socialdemokraten erklären, daß Sie sich als die Patrone ihrer Partei aufgeworfen haben, und im Lande wird man sagen, daß Sie aus der Discussion haben Capital schlagen wollen, um die socialistischen Wähler in Ihr Lager hinüberzuziehen. Ich bedaure, daß die Debatte, statt eine Versöhnung der Parteien herbeizuführen, die Gegensätze verschärft hat; aber die Wähler werden jetzt wenigstens wissen, mit wem sie zu thun haben, und ich würde nicht bedauern, wenn ich viele Ihrer Mitglieder nach den nächsten Wahlen nicht mehr hier wiedersehen würde.

Abg. Lasker: Ich nehme nur das Wort, damit nicht das Schweigen meiner Partei so ausgelegt werde, als wolle sie in dem Gebiet der hier behandelten Fragen irgend eine Stelle im Dunkel erhalten. Mit Unrecht hat man der Fortschrittspartei vorgeworfen, daß sie die heutige Discussion veranlaßt habe. Es ist rein äußerlich geschehen, daß der Abg. Virchrw, als erster Redner, die Frage an die Regierung richtete, welche zur jetzigen Discussion führte. In Wahrheit hatte die „Provinzial-Correspondenz" bereits angekündigt, daß eie Regierung den Gegenstand hier zur Erörterung bringen würde. Als wir die Discussion im Reichstage führten, war zunächst der Beschluß gefaßt worden — insbesondere auf mein Betreiben — über die Maßregeln der Vertretung des heimischen Landes und dem Reichstage Rechenschaft zu legen. Ohne Unterschied der Parteien erkannte man auf allen Seiten an, daß bei Maßregeln der Landesregierung, welche sich auf die heimische Polizei beziehen, die Gründe der Landesvertretung und dem Reichstage angegeben werden müssen. Trotzdem ist aus dem definitiven Beschluß die Rechenschaft an die heimischen Vertretungen wieder entfernt worden, weil bei einer Rechenschaftslegung an beide Vertretungen formulirte Urtheile beider hervorgerufen werden könnten, die von einander differiren. Und einer solchen Differenz wollten wir keinen Platz gewähren.

Diesen Gesichtspunkt muß man bei Beurtheilung der heutigen Debatte im Auge behalten. Es ist von großem Nutzen, daß der Minister des Innern heute erläutert hat, weshalb der beschränkte Belagerungszustand über Berlin verhängt worden ist. Ich weiß nicht, waren es officiöse Federn, waren es Privatinteressen, die verbreiteten, der Grund für die außerordentliche Maßregel seien entdeckte Verschwörungen. Man hat sogar die Privatautorität des Ministers des Innern mit in's Spiel gezogen. Es ist nun eine ungemeine Beruhigung für das Land, zu hören, daß keine Vorgänge dieser Art Veranlassung zur Verhängung des außerordentlichen Zustandes gegeben haben. Das müssen wir Alle zugeben, daß nach der Erklärung des Ministers des Innern die Verhängung dieses Zustandes nicht als eine willkürliche oder grundlose erscheint, — und damit ist eigentlich unsere Arbeit vollständig beendet. Erstaunlich ist mir nur, wie man dem Abg. Virchow hat vorwerfen können, er sei sehr feindselig und gegnerisch gegen die Regierung aufgetreten und habe seine wahre Herzensneigung nun entdeckt. Aber unter allen Rednern war es gerade der Abg. Virchow, der sich am meisten an die Brust des Ministers des Innern geworfen und mit ihm vollständige Freundschaft geschlossen hat und noch weit mehr als gut war. Ich kann gar nicht so weit gehen, wie er, als er sagte, er hätte dieselbe Maßregel ergriffen, wenn er Minister gewesen wäre. Mir steht heute das Votum gar nicht zu, weil ich nicht weiß, was der Minister des Innern weiß. Bedauerlicherweise schien mir aber aus der Rede des Abg. Virchow herauszuklingen, als ob alle Schuld auf diejenigen gelegt werden sollte, welche dieses Gesetz beschlossen haben. Der Abg. Virchow führte aus: nachdem dieses Gesetz einmal beschlossen worden sei, müßte jeder Minister — und wenn er selbst es wäre — diese außerordentliche Maßregel verhängen.

Wenn der Abg. Virchow durch diese Bemerkung die Regierung entlasten wollte, so ist ihm dies insofern mißglückt, als sie selbst ja diese Vollmacht gefordert und darauf hingewirkt hat, daß selbst solche Mitglieder des Reichstages, die mit diesem Theil des Gesetzes nicht einverstanden waren, denselben dennoch in Bausch und Bogen mit annehmen mußten. Man kann also nicht sagen, daß die Regierung in eine Zwangslage gebracht worden sei. Sie hat nun erklärt, es seien Handlungen strafbarer Natur vorgefallen. Dies zu beurtheilen, sind wir im Augenblick gar nicht in der Lage und ich kann deshalb weder einen Tadel noch eine Anerkennung aussprechen. Der Reichstag möge beurtheilen, ob die Maßregel gerechtfertigt war oder nicht. Für uns genügt, daß uns mitgetheilt ist, welches eigentlich ihre Ursache war und daß außerordentliche Ereignisse nicht stattgefunden haben. Ueber dieses Resultat der heutigen Debatte wird sich das ganze Land freuen. Dagegen wünschte ich, daß der Abg. Virchow die beunruhigenden Betrachtungen darüber, wann dieser Zustand enden wird, gänzlich weggelassen hätte, weil dieselben im Lande die Meinung bestärken, daß wir in Deutschland zur Beibehaltung dieser außergewöhnlichen Zustände auf längere unabsehbare Zeit verurtheilt wären. Für heute liegt keine Veranlassung vor, derartiges vorauszusagen. Welches ist nun aber das Resultat der heutigen Discussion? Das, daß nach außen hin Partei gegen Partei die Gelegenheit zu benutzen scheint, um sich so viel wie möglich wechselseitig in der öffentlichen Meinung zu schaden. Eine solche Führung der Verhandlungen schädigt aber die Macht des parlamentarischen Ansehens. Die Maßregel, über die wir uns hier auszusprechen haben, hat auf allen Seiten im Lande unzweifelhaft große Betrübniß hervorgerufen, die wahrscheinlich größer sein würde, wenn die Loyalitätsbezeugungen der letzten Tage nur durch Verhängniß dieses Zustandes möglich geworden wären. Dies müssen wir erklären, damit die Regierung davon überzeugt werde, daß sie von den ihr ertheilten Vollmachten nicht einen Tag länger Gebrauch machen sollte, als die unbedingte Nothwendigkeit es erzwingt. Ich bin überzeugt, daß die Regierung auch von diesem Standpunkte ausgeht und bis jetzt habe ich einen Angriff auf sie wegen dieser Maßregel nicht gehört, weil man sich das Urtheil für die Zukunft vorbehält.

Ich habe meine schon bei der Discussion des Socialistengesetzes ausgesprochene Ansicht bestätigt gefunden, daß nicht das bloße Verbot von Druckschriften und Vereinen, sondern erst die Maßregeln gegen lebendige Personen Sympatien hervorgerufen haben und zwar auch bei solchen, die die Unterdrückung der Socialdemokratie für die erste Aufgabe des Staats halten. Von dieser Bestimmung sollte daher nur unter dem äußersten Drucke der Nothwendigkeit Gebrauch gemacht werden. Daß wir aus den heutigen Erklärungen des Ministers diese Ueberzeugung sollten gewonnen haben, dafür scheint mir das Material nicht entfernt auszureichen. Ich möchte nicht, daß die heutige Verhandlung unter dem Eindrucke abschließe, als ob das Haus der Abgeordneten unter eigener Verantwortlichkeit erklärt habe: Ja es sind Gründe genügend dargethan. Ich möchte aber auch nicht, daß sie den Eindruck erwecke, als ob von irgend einer Seite eine Verurtheilung des Verhaltens der Regierung erfolgt sei, und stelle nur das fest, was wir auf Grund der Regierungserklärung feststellen können. Im Uebrigen gehört die materielle Beurtheilung dem Reichstage; der Gegenstand der heutigen Debatte scheint sich erschöpfen zu müssen, ohne daß ein Votum dafür oder dagegen abgegeben werden kann.

Damit schließt die Debatte über die Sicherheitsmaßregeln für Berlin.

Persönlich bemerkt Abg. Rickert gegenüber der Aeußerung des Abg. Virchow, daß die Nationalliberalen hier immer wer weiß wie tapfer reden, nachher aber anders handeln, daß er und seine Partei wohl die Achtung für sich und ihre gewissenhafte Ueberzeugung verlangen könnten, die andere Parteien verlangen. Deshalb hätte der Abg. Virchow auch den wohlfeilen und verletzenden Spott sich sparen können.

Abg. Richter (Hagen): Der Abg. Virchow hat sich bei seiner Bemerkung gegen den Abg. Rickert dafür, daß hier tapfer geredet und nachher anders gehandelt wird, auf einen Zeugen berufen, den Abg. von Hölder, der die Nothwendigkeit einer Prolongation der Geltung des Gesetzes schon verkündigt dat.

Das Haus wendet sich nunmehr anderen Beschwerden zu, die sich an Tit. 1 der Ausgaben knüpfen lassen.

Abg. Bachem schildert in einstündiger Rede den Einfluß des Culturkampfes auf die Beamten; während schon früher Katholiken schwer zu höheren Aemtern gelangen konnten, sind sie jetzt fast aus allen Aemtern entfernt. Landräthe und Bürgermeister werden nicht bestätigt, wenn sie nicht versprechen, mit besonderer Lust und Liebe die kirchenpolitischen Gesetze auszuführen. Redner führt eine ganze Reihe einzelner Fälle an, und schließt daraus, daß die Selbstverwaltung am Rhein vollständig vernichtet sei. Er geht dann des Weiteren, stets unter Anführung einzelner Fälle darauf ein, daß die Beamten mit Rücksicht auf den Culturkampf ernannt und angehalten würden, sich in diesem Sinne am öffentlichen Leben, in der Rheinprovinz, besonders an den Bestrebungen des deutschen Vereins, der wegen der Konitzerschen Conduitenlisten wohl noch in Aller Gedächtniß sei, sich zu betheiligen. Gerade sehr viele Beamten hätten zu diesen Listen das Material geliefert. Die Beamten lebten oft im schärfsten Conflict mit den Kreisen, in denen sie zu wirken hatten, so daß die Zwistigkeiten sich auch auf andere Gebiete als das kirchenpolitische allein ausdehnten. Gerade diese Beamten, welche als Culturkämpfer aufgetreten, seien vielfach diejenigen, welche sich Amtsvergehungen und besonders Veruntreuungen zu Schulden kommen ließen, weil über diese Beamten keine genügende Controle geübt werde. Redner warnt den Minister davor, in dieser Beziehung in die Fußtapfen seines Vorgängers zu treten.

Minister Graf zu Eulenburg: Auf die einzelnen Fälle kann ich nicht eingehen. Der Vorredner hat behauptet, es seien bei der Besetzung der Beamtenstellen vorwiegend die Rücksichten auf den Culturkampf maßgebend gewesen; man habe die Beamten genöthigt, sich an den politischen Bestrebungen des deutschen Vereins zu betheiligen und gegen solche „culturkämpferische" Beamten sei keine genügende Controle geübt worden. Diese Behauptungen bestreite ich auf das Allerbestimmteste; der Vorredner hat auch, besonders für die letzte Behauptung, gar keinen Beweis vorgebracht. Es ist bekannt, daß es trotz der strengsten Aufsicht und Revision oft lange nicht gelingt, einen Defect zu entdecken. Daß eine freventliche Pflichtvernachlässigung dabei vorgekommen, dafür fehlt jeder Beweis. Es ist nicht richtig, daß der Standpunkt des Culturkampes bei der Wahl der Beamten den Ausschlag giebt. (Widerspruch im Centrum.) Das allerdings werde ich ebenso wie mein Vorgänger aufrecht erhalten, daß ich Beamte weder selbst anstellen, noch zur Anstellung empfehlen, weder bestätigen, noch zur Bestätigung empfehlen werde, bei denen ich nicht die Ueberzeugung gewinnen kann, daß sie die Staatsgesetze loyal befolgen, besonders in einem Zeitpunkte, wo die Gegensätze zu meinem Bedauern sich so scharf einander gegenüber stehen, wo die geselligen Beziehungen es den Beamten wirklich schwer machen, fest auf dem Boden des Gesetzes zu bleiben. Da kommt es denn vor, daß die Auswahl auf Männer trifft, welche den Kreisen, in denen sie wirken sollen, nicht genehm sind. Das ist keine Freude für die Regierung, denn sie wünscht ein freundliches Verhältniß zwischen Beamten und Volk. Aber wenn Eines geopfert werden muß, so ist es das Letztere; die Pflichterfüllung und die Befolgung der Gesetze steht in erster Linie. (Beifall.)

Um 4 Uhr vertagt das Haus die weitere Berathung bis Dinstag 12 Uhr. (Gesetzentwurf, betreffend die Aufbringung der Gemeindeabgaben und Etat des Ministeriums des Innern.)

Berlin, 9. December. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Generalmajor z. D. von der Chevallerie, bisher Inspecteur der 3. Ingenieur-Inspection, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe; dem Obersten Dresow, Commandeur des Schleswig-Holsteinischen Füsilier-Regiments Nr. 86, und dem Obersten z. D. von Bosse, bisher Bezirks-Commandeur des 2. Bataillons (Cüstrin) 1. Brandenburgischen Landwehr-Regiments Nr. 8, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Professor Dr. phil. Jansen zu Berlin und den Steuer-Einnehmern von Mengerssen zu Hagen und Seidel zu Golßen im Kreise Luckau den Rothdn Adler-Orden vierter Klasse; dem Generalmajor z. D. von Hymmen, bisher Commandeur der 6. Cavallerie-Brigade, den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse mit dem Stern; dem General-Staatskassen-Buchhalter, Rechnungs-Rath Stiebitz, den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem Stabstrompeter Utermöhlen beim Oldenburgischen Dragoner-Regiment Nr. 19 das Kreuz der Inhaber des Königlichen Hausordens von Hohenzollern; dem pensionirten Grenzaufseher Precht zu Geestemünde, Amts Lehe, dem pensionirten Gerichtsvoigt Keerl zu Göttingen und dem Gemeindevorsteher Knaak zu Groß-Welle im Kreise Ostpriegnitz das Allgemeine Ehrenzeichen, sowie dem Dragoner Czapla im 1. Schlesischen Dragoner-Regiment Nr. 4, dem Kanonier Chmilewski im 1. Pommerschen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 2 und dem Zimmermann Ludwig Sowade zu Klodnitz im Kreise Cosel die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Fabrikanten Hermann Laurenz, Mitinhaber der Firma Gebrüder Laurenz zu Ochtrup im Kreise Steinfurt, den Charakter als Commerzien-Rath verliehen.

Auf Grund der bestandenen Staatsprüfung sind der Referendarius Bort in Colmar zum Advokaten im Bezirk des Appellationsgerichts zu Colmar und zum Anwalte bei dem Landgerichte daselbst, und der Referendarius von Alten in Colmar zum Assessor ernannt worden.

Berlin, 9. Dec. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war vorgestern in dem zu Gunsten des Augusta-Hospitals von den Herren Max Bruch und Pablo de Sarasate veranstalteten Concerte in der Sing-Akademie anwesend. Allerhöchstdieselbe besuchte in diesen Tagen das Augusta-Hospital und die Kaiserin-Augusta-Stiftung, sowie heute die Bazars des Friedrichstifts und des Preußischen Frauen- und Jungfrauen-Vereins.

[Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin] wohnten gestern Vormittag mit den Erbprinzlich sachsen-meiningenschen Herrschaften und Ihren Königlichen Hoheiten der Prinzessin Victoria und dem Prinzen Waldemar dem Dankgottesdienst im Dome bei. — Se. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz empfing Mittags den Revd. George Palmer Davies, Vorsteher der Haupt-Bibelgesellschaft, demnächst den General der Infanterie z. D. v. Etzel, und um 1 Uhr das Staatsministerium. — Um 5 Uhr begaben Sich die Höchsten Herrschaften mit Sr. Hoheit dem Erbprinzen von Sachsen-Meiningen zum Familiendiner zu Ihren Majestäten. — Se. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz erschien Abends im Schauspielhause und im Opernhause. (R.-Anz.)

⊙ **Berlin,** 9. Decbr. [Minister-Conseil. — Dementis. — Einschränkung des Landstreicherwesens. — Zur Einhebung der Klassensteuer. — Normalzeitbestimmung.] Heute um 2 Uhr fand im Conferenzzimmer des Abgeordnetenhauses eine Sitzung des Staatsministeriums statt. — Officiös wird geschrieben: Während der preußische Landtag noch im Anfange seiner Arbeiten steht, geschehen bereits allerlei Meldungen über die Absichten der Reichsregierung hinsichtlich der dem Reichstag zu machenden Vorlagen. In diesen Meldungen bildet die Revision der Gewerbeordnung ein stehendes Thema; man weiß zu melden, daß die Vorschriften der Gewerbeordnung über die Fabrik-Inspectoren eine Aenderung erfahren sollten, man motivirt diese Aenderung durch Eingaben an den Bundesrath, wobei man sich namentlich auf den bekannten Antrag Lübecks wegen Befreiung von der Pflicht, einen Fabrik-Inspector anzustellen, beruft. Das Recht einer solchen Befreiung steht bekanntlich dem Bundesrath auf Grund der Bestimmungen der Gewerbeordnung zu. Aber daraus, daß dergleichen Befreiungen, welche das Gesetz vorgesehen hat, nachgesucht werden, kann kein Grund für eine Revision entnommen werden; von einer solchen ist auch in maßgebenden Kreisen nichts bekannt. Ein Montagsblatt will auch wissen, daß nach der Rückkehr des Kaisers das Ministerium mehrere organische Gesetzentwürfe in Bezug auf Handel und Industrie der Vertretung des Deutschen Reiches zu unterbreiten gedenke. Auch wäre eine weitere Ausführung des Socialistengesetzes in Aussicht genommen. Soweit von Vorlagen über Handel und Industrie in dieser allgemeinen Weise die Rede sein kann, ist ihre Vorbereitung für den Reichstag Aufgabe des Bundesraths und nicht des preußischen Staatsministeriums. Eine weitere Ausführung des Socialistengesetzes im Sinne weiterer gesetzgeberischer Maßregeln ist von Niemand in Aussicht genommen, aber die Ausführung des beschlossenen Gesetzes ist fortwährend im Gange. — Die vielfachen Meldungen über die für die allgemeine Revision des Zolltarifes zu bildende Commission gegenüber ist darauf aufmerksam zu machen, daß alle diese Angaben schon darum verfrüht sind, weil die mit der Berichterstattung über den Antrag des Reichskanzlers auf Bildung einer solchen Revisions-Commission beauftragten Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr erst heute ihren Bericht vorlegen. In demselben wird allerdings der Vorschlag über die Zusammensetzung der Commission enthalten sein. — Der Correspondent der „Wes. Ztg." kommt auf die Behauptung zurück, daß der preußische Antrag wegen Verhängung außerordentlicher Maßregeln in Berlin und seinem Umkreis im Bundesrath nicht einige Tage, sondern unmittelbar vor der Berathung vorgelegt sei; nur die einzelnen Regierungen hätten vorher Kenntniß davon erhalten und es stehe fest, daß der Antrag nicht in der sonst üblichen Form vorgelegt worden sei. Diese Lesart ist und bleibt irrthümlich; die einzige Abweichung von der üblichen Form war, daß der Antrag nicht für den Bundesrath zum Druck gegeben worden und in gedruckten Exemplaren zur Vertheilung gelangte, sondern daß von Seiten Preußens so viel metallogravirte Exemplare als für die Bundesrathsmitglieder erforderlich waren, gleichzeitig mit dem Antrag eingesandt wurden. Es hat dies die Wahrung der dringend empfohlenen Discretion erleichtert, eine Wahrung, unter welcher auch der Correspondent der „Weser Zeitung" gelitten zu haben scheint. — Die immer wieder auftretenden Gerüchte über ein erneutes Entlassungsgesuch des Ministers Falk gehören der Sensationsfabrikation an; in den maßgebenden Kreisen weiß man nichts, was solchen Gerüchten Anhalt geben könnte. Damit erledigte sich auch, was von angeblichen Bemühungen zur Verhinderung des beabsichtigten Schrittes erzählt wird. — Der Minister des Innern hat in einem Circular-Erlaß die Aufmerksamkeit der Provinzialbehörden in dringlichster Weise auf die Maßregeln zur Beseitigung und Einschränkung des Landstreicherwesens richtet. — Da nach den neuerdings, namentlich seit Ausdehnung der Klassensteuer auf die großen Städte, nicht in Abrede gestellt werden kann, daß Irrthümer bei der Abschätzung zur Klassensteuer vorkommen können, welche die veranlagte Haushaltung hart betreffen und dieselben selbst in ihrem geringen Vermögens- und Nahrungszustande schwer beeinträchtigen, wenn die veranlagte Steuer unbedingt bis zur Erledigung der Reclamation eingefordert wird, so macht der Finanzminister in einer Verfügung vom 30. Novbr. aufmerksam, daß die gesetzliche Bestimmung über das Reclamationsverfahren nicht die Befugniß der Verwaltung ausschließe, in den geeigneten Fällen den Reclamanten eine gänzliche oder theilweise Stundung der Klassensteuer zu bewilligen. Der Finanzminister theilt weitere Bestimmungen für die Behörden mit und erkennt den Letzteren das Recht zu, die veranlagte Steuer namentlich dann zu stunden, wenn die Behörden die Ueberzeugung gewonnen, daß der Reclamant nicht im Stande ist, die veranlagte Steuer bis zur Entscheidung der Reclamation zu zahlen. Die Stundung soll ganz erfolgen, wenn der Reclamant überhaupt nicht für steuerpflichtig gehalten wird, sonst aber bis zum Betrag derjenigen Stufe, auf welche der Reclamant durch die vorgeschlagene Ermäßigung kommen würde. Ueber die Ausführung und den Erfolg dieser Anordnung sollen dem Finanzminister binnen Jahresfrist ausführliche Berichte eingereicht werden. — Es steht, wie wir hören, die Frage zur Erörterung, ob es sich empfehle, für das ganze deutsche Reich eine Normal-Zeitbestimmung einzuführen, da die jetzt bestehenden Zustände zu vielfachen Unzuträglichkeiten führen. Es wird hervorgehoben, daß nach der geographischen Lage Berlins die Berliner Zeit am geeignetsten zur Norm dienen könnte, denn die größte Abweichung der Berliner Zeit von der astronomischen, wie sie im Osten erscheint, beläuft sich auf 37 Minuten, wie sie im Westen erscheint, auf etwa 30. Die Angelegenheit wird jedenfalls einer sorgfältigen Prüfung unterworfen werden.

□ **Berlin,** 9. Dec. [Die Debatte über den Berliner Ausnahmezustand.] Die heutige Erklärung des Ministers des Innern über die Verhängung des sog. kleinen Belagerungszustandes hat innerhalb und außerhalb des Abgeordnetenhauses befriedigt. Graf Eulenburg führte die Nothwendigkeit des über Berlin verhängten Ausnahmezustandes auf die hohe Verantwortung zurück, das theure Leben des Kaisers zu schützen. Die Bewohner der Residenz, welche dem Monarchen einen ebenso herzlichen als würdigen Empfang bereiteten, würden eine Verantwortlichkeit für mögliche Zwischenfälle auch nicht haben tragen wollen. Der Minister des Innern deutete zwar an, daß die Zustände in Berlin nicht die Gefahr eines Aufruhrs erreicht haben. Aber die Socialdemokraten setzten ihre Agitation fort. An Stelle der offenen trat die geheime Agitation; man versuchte Schriften aus dem Auslande einzuschmuggeln. Es existire eine internationale Verschwörung, die für Berlin nachgewiesen sei, deshalb mußte die Schule des Verbrechens geschlossen werden und die Ausweisung der Lehrmeister eintreten. Beinahe sämmtliche Redner des Hauses stellten sich auf den Boden dieser Mittheilungen, ohne auf eine mehr oder minder subjective Auffassung der Ausweisungsmaßregel zu verzichten. Dies gilt namentlich von den Rednern der liberalen Parteien. Sie geriethen allerdings in dasselbe Dilemma, das sich bei der Debatte über den § 28 des Socialistengesetzes im Reichstage geltend machte. Es handelte sich heute in der That für die einzelnen Redner nur darum, mit mehr oder weniger Tact und Geschick die Maßnahmen der Regierung zu billigen. Insofern hat die heutige Discussion sowohl für die Reichregierung wie das preußische Ministerium ihren Zweck erfüllt, und der Minister des Innern fühlte sich nicht in die Nothwendigkeit versetzt, nochmals das Wort zu ergreifen. Bedauerlich war es nur, daß im Abgeordnetenhause die Reihenfolge der Redner nicht wie im Reichstage dem Präsidenten, sondern der durch das Loos bestimmten Rednerliste überlassen blieb. Das that heute der Uebersichtlichkeit der Debatte Abbruch und machte es gleichzeitig möglich, daß sich ein ex-ultramontaner Fanatiker mit wüstem Redeschwall der Rednertribüne bemächtigte.

[Die Adresse der städtischen Behörden.] Die von der Deputation der städtischen Behörden Berlins dem Kaiser bei der ihr am Sonnabend, den 7. d. M., Mittags 12½ Uhr, bewilligten Audienz überreichte Adresse des Magistrats und der Stadtverordneten lautet:

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster Kaiser!
Allergnädigster Kaiser, König und Herr!

Die Huld Ew. Majestät hat unseren Mitbürgern gestattet, in Freudenzeichen die tiefe Bewegung zu bekunden, mit welcher die Gemüther das Ende einer unsäglich trüben Zeit begrüßen. Seit sechs Monden stieg, wo ihres Namens würdige Deutsche wohnen, in täglichem Gebet zum Himmel das heiße Flehen um des Deutschen Kaisers Genesung; morgen aber wird der andächtige Chor der Gemeinden in Jubelpsalmen die Gnade Gottes preisen, die des Vaterlandes erlauchtes und geliebtes Oberhaupt mit neuer Kraft gesegnet hat.

Dem Allmächtigen der Dank, an des Reiches Männer und Frauen der Ruf zur Pflicht!

In solchem Vertrauen haben Ew. Majestät den herben Schmerz, der bei Ihrer Rückkehr sich in die Freude mischte, mehr angedeutet, als ausgesprochen; in solchem Sinne nahen wir uns als die Vertreter der Residenz dem Throne, und fügen zu den Jubelrufen des fünften Decembers das erneute Gelübde unwandelbarer Treue!

Aufrichtig entquillt es uns aus dankbarem Herzen, denn Berlins Größe ist seiner heldenmüthigen und weisen Fürsten Werk, und Ew. Majestät ruhmreiche Regierung schuf es um zur Hauptstadt des Reiches; voll nehmen wir das Gelübde auf uns, denn mit großen Pflichten gab Ew. Majestät Königlicher Vater der Verwaltung der Städte einen reichen und bedeutungsvollen Wirkungskreis; mit dem ganzen Bewußtsein der ernsten Lage fühlen wir die Pflicht, für Recht und Sitte, Gottesfurcht und Vaterlandsliebe auf dem uns angewiesenen Posten mit allen unseren Kräften einzustehen.

Allergnädigster Kaiser!

Was wir aussprechen, das hat Ew. Majestät liebreicher Blick in den leuchtenden Augen der Menge gelesen, die ihren wiederkehrenden Kaiser begrüßte, das keimt und wächst in mehr als Hunderttausend frommen Kinderherzen, die in Berliner Schulen den preußischen Wahlspruch „Mit Gott für König und Vaterland" verstehen und lieben lernen.

Ew. Majestät haben in den Straßen unserer Stadt das herbste Leid erfahren, Gott der Herr wolle es fügen, daß Ew. Majestät in langen und glücklichen Tagen, der Dankbarkeit und Treue Ihrer Hauptstadt sicher, aus Hütten und Palästen, von Lippen und von Herzen, in Wort und That bekräftigt, mit Frenden nur den Ruf höre: Heil unserem Kaiser, Heil!

Ew. Kaiserlichen Majestät
unterthänigste, treugehorsamste

Der Magistrat: von Forckenbeck.
Die Stadtverordneten: Dr. Straßmann.

[Verbote auf Grund des Reichs-Gesetzes vom 21. October 1878.] Die im Verlag der Allgemeinen Deutschen Associations-Buchdruckerei (E. G.) zu Berlin erschienene Druckschrift: „Die Zukunft. Socialistische Revue, Erster Jahrgang. Heft 23 vom 1. September 1878." Die in der Allgemeinen Deutschen Associations-Buchdruckerei gedruckte nicht periodische Druckschrift: „Verzeichniß von socialistischen Schriften, welche durch die Expedition der „Berliner Freien Presse", Berlin, SO., Kaiser-Franz-Grenadierplatz 8a, gegen baar oder Postvorschuß zu beziehen sind." Die von dem Arbeiter-Wahlcomite August Kühn in Ober-Langenbielau herausgegebene Druckschrift: „Mahnruf zur Wahl für August Kapell." Der Verein „Liederkranz" zu Werdau.

[Marine.] S. M. Panzer-Corvette „Hansa", 8 Geschütze, Commandant Corv.-Capt. Heusner, hat am 26. Novbr. cr. auf der Rhede von Funchal (Madeira) geankert. An Bord Alles wohl.

Darmstadt. 9. Dec. [Die Krankheit der Großherzogin] ist mit heftigem Fieber aufgetreten, das bisher in gleicher Höhe fortdauert. Der örtliche Krankheitsproceß schreitet noch fort.

Bulletin über das Befinden der Frau Großherzogin von Mittags 12½ Uhr: Das Fieber hat sich nicht verringert, die Anschwellung im Halse und diejenige der Drüsen ist stärker.

Karlsruhe, 9. Decbr. [Dankgottesdienst.] Aus Veranlassung der Wiedergenesung Sr. Majestät des Kaisers fand gestern in allen Kirchen des Landes ein Dankgottesdienst statt.

Provinzial-Zeitung.

Schlesische Gesellschaft für vaterl. Cultur.

Sitzung der medicinischen Section am 15. November 1878.

Vortrag des Herrn Professor Dr. Voltolini über eine Verbesserung seiner neuen galvanokaustischen Batterie. Die vor einiger Zeit vom Vortragenden demonstrirte Batterie war als sogen. Kette combinirt, d. h. alle Kohlen einerseits und alle Zinkplatten andererseits mit einander verbunden. Es erglühten hier die kurzen, platten Platinarmaturen sehr heftig, aber lange Drähte (Porzellanbrenner, Schlinge) sehr unvollkommen. Diesem Uebelstand ist jetzt abgeholfen, weil für manche Chirurgen das Erglühen der letzteren Instrumente ein Bedürfniß ist; es ist durch eine einfache Vorrichtung schnell die Combination zur Säule herzustellen, das heißt daß die Elemente so verbunden sind, daß Kohle, Zink, Kohle, Zink nach einander folgen. Der Vortragende demonstrirte diese neue Verbesserung und zeigte das außerordentliche Erglühen der kurzen, starken Armaturen mit der Kette und das heftige Erglühen des großen und kleinen Porzellanbrenners von Middeldorpf mittelst der Säule. Ebenso durchbrannte er mit großen Schlingen sowohl von Stahlsaiten als von Platindraht dicke, todte Muskelstücke. — Der Vortragende demonstrirte ferner, wie dieselbe Batterie auch zu elektro-therapeutischen Versuchen zu verwenden ist und zwar 1) für den Inductionsstrom: taucht man eine solche ganz neue, noch nie gebrauchte Batterie (als Kette) in gewöhnliches Wasser und bringt sie in Verbindung mit einer Inductions-Spirale, so erlangt man einen so starken Strom, daß er hinreicht, um Kranke damit zu elektrisiren. Daß das Wasser den Strom mit den Elementen erzeugt, geht aus folgenden Experimenten hervor, die der Vortragende angestellt. Nimmt man destillirtes Wasser, so erhält man ebenfalls einen Strom, der aber sehr schwach ist, obwohl deutlich fühlbar. Leitet man Kohlensäure in das destillirte Wasser, so wird der Strom stärker, er ist aber noch nicht so stark, als wenn man statt destillirten Wassers Brunnenwasser nimmt, es kann also die Ursache des stärkeren Strom es im Brunnenwasser, nicht Kohlensäure sein. Der Vortragende zeigte die Stärke des Stromes mit Brunnenwasser aus der alten Börse auf dem Blücherplatze, ganz gleich wirkt das Brunnenwasser auf dem Fränkelplatze. Nimmt man das Wasser aus der städtischen Wasserleitung, so ist der Strom stärker als beim destillirten Wasser, aber schwächer als beim Brunnenwasser. Stellt man den Apparat unter die Wasserleitung und leitet in den Trog der Batterie eine Glasröhre, die mit der Wasserleitung in Verbindung gesetzt ist, und läßt nun das Wasser immerwährend zu- und abfließen, so kann man einen galvanischen Strom in infinitum unterhalten. Selbstverständlich wird der Strom unter allen den angegebenen Bedingungen stärker, wenn man die Batterie schon einmal zur Galvanokaustik gebraucht hatte, d. h. mit dem Salze und der Säure imprägnirt hatte. 2) kann dieselbe Batterie, wenn man sie mit derselben Lösung wie für die Galvanokaustik speist (als Säule), auch als constanter Strom benutzt werden und auch dieses demonstrirte der Vortragende, indem man Blitze durch die Augen ziehen sieht, wenn man beide Elektroden an die Schläfe aufsetzt.

Hierauf sprach Herr Professor Dr. Ponfick über eine eigenthümliche Form von Nephritis. Dieser Vortrag wird in einem medicinischen Journal ausführlich gedruckt werden. Freund. Grützner.

⨯ **Oels,** 9. Decbr. [Dankgottesdienst. — Kirchliche Wahlen. — Innungswesen.] Zur Feier der Genesung Sr. Majestät des Kaisers wurden am Sonnabend in der Synagoge und am Sonntage in der evangelischen wie katholischen Kirche Dankgebete dargebracht und in der Predigt auf das freudige Ereigniß Bezug genommen. — Gestern fand die Ergänzungswahl für den katholischen Kirchenvorstand und die Gemeindevertretung statt, von denen die Hälfte der Mitglieder ausgeloost worden. Für den Kirchenvorstand erfolgte ausschließliche, für die Gemeinde-Vertretung fast vollständige Wiederwahl: in ersterem blieben die Herren Hof-Zimmermeister Olbricht, Hoflieferant Burkhart, Bäckermeister L. Weiß; in die Gemeindevertretung wurden nachfolgende Herren gewählt: Kaufmann Gottschalk, Brunnenmeister Griffig, Schuhmachermeister Klein, Pilary, Schöpfersberger, Zelter, Lehrer Gorille und Liebich. — Der Gewerbeverein hatte die Initiative zur Bildung eines Innungsvereins ergriffen; durch Berathung sämmtlicher Gewerbetreibender resp. deren Vertreter in den Personen der Obermeister der noch bestehenden Innungen soll der Sache praktisch näher getreten werden.

♉ **Militsch,** 9. Decbr. [Concert. — Rundschreiben.] Das vom hiesigen Gesangverein „Harmonia" unter Mitwirkung des Trompeter-Corps vom 4. Westprenßischen Ulanen-Regiment zum Besten der Christbescheerung für arme Kinder der Stadt gestern gegebene Concert im Saale des Hotel Rackwitz erfreute sich sehr zahlreichen Besuches. Die für den Ort äußerst beträchtliche Anzahl von 70 und mehr reservirten Plätzen ergab allein einen Ertrag von 82 Mark; im Ganzen beläuft sich der Ertrag auf ca. 217 Mark. — Das fünfte Rundschreiben des Kreis-Schul-Inspector Herrn Löber erinnert an die Circular-Verfügung der Regierung vom 9. December 1873, die Reinhaltung des Schulhauses und seiner Umgebung und die Einrichtung der Schulhäuser betreffend. Es werden darin unter Anderem die Herren Orts-Schul-Inspectoren ersucht, baldmöglichst mit den Orts-Schulvorständen ihrer Inspection eine Conferenz abzuhalten und dieselben auf Grund obiger Circularverfügung über ihre Amtspflichten bezüglich der Schule zu instruiren.

—r. **Namslau,** 8. Decbr. [Nochmals die Amsgerichts-Locale.] Es gewinnt immer mehr den Anschein, daß die bisherigen Kreis-Gerichts-Locale auch für die hier zu etablirenden 4 Amtsgerichte beibehalten werden sollen. Diese Localitäten sind, wie bereits in Nr 555 d. Ztg. hervorgehoben worden ist, von einer Beschaffenheit, daß sie selbst den allernothwendigsten Bedürfnissen an Licht und Luft nicht entsprechen, und so beschränkt, daß sie weder einen heizbaren Raum, in welchem die Parteien bis zum Aufruf ihrer Sache verweilen können, noch ein Zimmer für die Rechtsanwälte enthalten. Erstere müssen sich bis zum Aufruf ihrer Sache in ungeheizten zugigen Corridors, letztere in den verschiedenen Büreaus herum drücken. Mehr als interessant sind aber folgende Thatsachen. Nachdem die hiesigen gegenwärtigen Gerichtsbeamten in einem Promemoria gegen die Beibehaltung der bisherigen Gerichtslocale ihre Bedenken ausgesprochen und motivirt hatten, sind die Gerichtslocale nicht nur von einem Königl. Baumeister untersucht und zur Aufnahme der Amtsgerichte als völlig ungeeignet erachtet worden, — auch der Kreisphysikus Herr Sanitätsrath Dr. Larisch hat bezüglich dieser Locale sein Gutachten dahin abgegeben: daß mehrere jener dunklen, dumpfigen und nur 2,45 Mtr. hohen Zimmer auf die Gesundheit derjenigen Beamten, die darinnen den Tag über zu verweilen und zu arbeiten haben, geradezu nachtheilig wirken müssen, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß einzelne in solchen Zimmern beschäftigte Beamte an ihrer Gesundheit bereits gelitten haben. Ein Hauptumstand aber, der am meisten gegen die Beibehaltung dieser Locale ins Gewicht fallen sollte, ist der, daß, wenn in den Räumen des hiesigen Gerichts ja einmal Feuer ausbricht, bei der Beschaffenheit dieser Locale, die zum Theil noch unverschaalte Balkendecken tragen, bei dem namentlich im Rathshausanbau und in den Härtel'schen Häusern vorherrschenden unverschaalten Holzwerk und bei den engen Ausgängen der zum Theil finsteren Corridore mit ihren unzähligen Auf- und Abgängen und Winkeln — ein Eindringen in die zerstreut gelegenen Bureaus geradezu unmöglich ist und z. B. die Proceß-, Vormundschafts-, Nachlaß- und Testaments-Acten, die im 2. Stockwerk lagern, sämmtlich ein Raub der Flammen werden müssen, die Interessen der Gerichtseingesessenen also in unübersehbarer Weise gefährdet erscheinen. Wie solchen schwerwiegenden Thatsachen gegenüber noch daran gedacht werden kann, die bisherigen Kreisgerichtslocale, die bei Reorganisation der Gerichte im Jahre 1849 in aller Eile nothdürftig hergerichtet worden sind, auch als Local für die künftigen Amtsgerichte zu benützen, ist unerklärlich und die Verantwortlichkeit dafür keine geringe. Ein Umbau dieser Locale, der, wie verlautet, vom Justiz-Fiscus verlangt werden soll, kann von der Commune nur abgelehnt werden. Denn nicht nur, daß ein solcher Umbau sehr kostspielig wäre, würden die bisherigen Räume immer noch nicht viel verbessert werden können und es erscheint überhaupt gefährlich, im Rathhausanbau und in den Härtel'schen Häusern, bei deren Baufälligkeit irgend welchen Umbau vorzunehmen. Wenn man bedenkt, daß der Justizfiscus der Commune Bolkenhain, wo nur drei Amtsgerichte etablirt werden, für die hierzu erforderlichen Localitäten 1700 M. Miethe bewilligt, der hiesigen Commune für die Locale der hier zu etablirenden vier Amtsgerichte aber nur 1000 M. Miethe geben will, so ist es erklärlich, daß der Commune an einer Fortsetzung des bisherigen Miethsverhältnisses nichts liegen kann und dessen Aufhören um so mehr zu wünschen ist, als die Stadt mehrere Räume im alten Rathhause, namentlich den Sitzungssaal für ihre eigenen Bedürfnisse dringend nöthig hat. Zu bedauern bleibt jedenfalls, daß der Justizfiscus das Anerbieten der Commune, ein neues Gericht zu bauen, wenn ihr 5½ pCt. des Anlagecapitals als Miethe gezahlt werden, abgelehnt hat. Ein solcher Neubau würde 60—70,000 M. gekostet und eine Miethe von 3300—4000 Mk. erfordert haben. Die hiesige Commune stellte daher weit billigere Anforderungen, als die Nachbar-Commune Oels, die für den Neubau eines Landgerichts — für welches nun plötzlich das geräumige Oelser Rathhaus nicht mehr genügt — 6½ pCt. des aufzunehmenden Baucapitals als Miethe beansprucht.

Berlin, 9. Decbr. [Producten-Bericht.] Gestern hatten wir leichten Frost, heute Vormittag ein wenig Schnee. Die Stimmung für Roggen, wenigstens scheinbar fester, hat dieser Eigenschaft, bei äußerst schwachem Handel, den Preisen kaum merklichen Ausdruck verschafft. Waare ist schwer verkäuflich. — Roggenmehl ziemlich fest. — Weizen matt, Verkäufer waren jedoch wenig geneigt, schlechteren Geboten Gehör zu schenken. — Hafer loco wenig verändert. Termine still. — Rüböl fester. Zurückhaltendes Angebot konnte etwas erhöhte Forderungen durchsetzen. — Petroleum fester. — Spiritus in beschränktem Verkehr und besonders nahe Lieferung etwas matter.

Weizen loco 150—195 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, feiner weißer märkischer — M., feiner gelber russischer — Mark ab Bahn bez., per December 172 M. bez., per April-Mai 178½—177½ M. bez., per Mai-Juni 181—180 Mark bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — M. — Roggen loco 115—131 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russ. 115—117 M., neuer russischer — M., neuer inländischer 123—125 M., feiner inländischer 127 M. ab Bahn bez., per December 119½—120—119 M.½ bez., per December-Januar 119—119½—119 M. bez., per Januar-Februar 119½—120—119½ M. bez., per April-Mai 120½—121—120½ M. bez., per Mai-Juni 121—121½—121 M. bez. Gekündigt 2000 Ctr. Kündigungspreis 119 M. — Hafer loco 95—135 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 98—115 M. bez., russischer 98—110 M. bez., pommerscher 110—116 M. bez., schlesischer 110—120 M. bez., böhmischer 110—120 M., feiner weißer pommerscher und mecklenburgischer 120—125 M. bez., feiner weißer russischer — M. ab Bahn bez., per December — M. bez., per April-Mai 115½ M. bez., per

Mai-Juni 118 M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Erbsen, Kochwaare 145—195 M., Futterwaare 125—141 M. — Weizenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 25,00—24,00 M., Nr. 0 und 1: 24,00—23,00 M. bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 19,50—17,50 M. bez., Nr. 0 und 1: 17,25—16,25 M.

Spiritus loco ohne Faß 51,7 M. bez., per December 51,4—51,3 M. bez., per December-Januar 51,4—51,3 M. bez., per Januar-Februar — M. bez., per April-Mai 52,6—52,5 M. bez., per Mai-Juni 52,7 M. bez., per Juni-Juli 53,6 M. bez. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — Mark.

Berliner Börse vom 9. December 1878.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	95,00 bz
Consolidirte Anleihe	4½	104,50 bz
do. do. 1876	4	95,00 bzB
Staats-Anleihe	4	94,70 bz
Staats-Schuldscheine	3½	92,10 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	147,00 bzG
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,00 bz
Pfandbriefe: Berliner	4½	101,50 bz
Pommersche	3½	84,20 G
do.	4	94,40 G
do.	4½	102,40 bz
do. Lndsch. Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	94,70 bz
Schlesische	3½	86,30 G
Lndschaftl. Central	4	94,80 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	95,90 bz
Pommersche	4	95,80 B
Posensche	4	95,00 bz
Preussische	4	95,00 bzB
Westfäl. u. Rhein.	4	98,00 bzG
Sächsische	4	98,00 B
Schlesische	4	96,50 G
Badische Präm.-Anl.	4	121,40 bzB
Baierische 4% Anleihe	4	123,90 bz
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	115,75 bz
Sächs. Rente von 1876	3	72,90 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 242,00 bz
Badische 35 Fl.-Loose 145,00 B
Braunschw. Präm.-Anleihe 81,10 bzG
Oldenburger Loose 136,90 bz

Ducaten — —	Dollars 4,18 G
Sover. 20,41 bz	Oest. Bkn. 173,80 bz
Napoleon 16,17 bz	do. Silbergd 175 B
Imperials 16,67 bz	Russ. Bkn. 197,40 bz

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	107,90 bz
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	95,25 bzG
do. do.	5	102,60 G
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	94,90 bzG
do. do. do.	5	100,40 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,00 G
Unkünd do. (1872)	5	101,50 bz
do. rückzb. à 110	5	106,20 B
do. do. do.	4½	98,00 G
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	98,50 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	100,00 bz
Hyp.-Anth. Nord-G.-C-B	5	93,50 bzG
do. do. Pfandbr.	5	93,00 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	96,00 G
do. do. II. Em.	5	89,40 bz
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	106,40 B
do. do. II. Em.	5	103,60 bzG
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	96,40 bz
do. 4½ do. do. m. 110	4½	90,40 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	107,50 bzG
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	95,10 G
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	99,00 bzB
do. do.	4½	94,50 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	103,75 G
do. do. 4½%	4½	98,70 G

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1/1.-1/7.)	4⅕	54,10 G
do. (1/4.-1/10.)		54,10 G
do. Goldrente	4	62,60 bz
do. Papierrente	4⅕	53,10 G
do. 54er Präm.-Anl.	4	100,75 bzG
do. Lott.-Anl. v. 60	5	108,80 bzG
do. Credit-Loose	fr.	300,20 bzG
do. 64er Loose	fr.	254,00 bzG
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	144,75 bz
do. do. 1866	5	143,00 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	72,60 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	74,75 bz
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	79,90 bzG
Poln. Pfndbr. III. Em.	5	60,50 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	54,75 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,80 G
do. do. 1885	6	99,50 B
do. 5% Anleihe	5	104,10 bzG
Ital. 5% Anleihe	5	74,40 bz
Ital. Tabak-Oblig.	6	102,20 bz
Raab-Grazer 100Thlr. L	4	71,10 bz
Rumänische Anleihe	8	101,90 bzB
Türkische Anleihe	fr.	11,90 bzG
Ungar. Goldrente	6	72,60-70 bz
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	71,25 G

Schwedische 10 Thlr.-Loose —
Finnische 10 Thlr.-Loose 38,70 bzG
Türken-Loose 37,00 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	100,00 bz
do. III. v. St. 3½ g.	3½	85,00 B
do. do. VI.	4½	99,80 bzG
do. Hess. Nordbahn.	5	103,40 B
Berlin-Görlitz	5	101,60 G
do.	4½	— —
do. Lit. C.	4½	84,25 bzG
Breslau-Freib. Lit. G.	4½	95,50 bz
do. Lit. F.	4½	— —
do. do. H.	4½	— —
do. do. J.	4½	94,50 B
do. do. K.	4½	94,50 B
do. von 1876.	5	101,60 G
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	93 G
do. Lit. B.	4½	— —
do. IV.	4	93,75 bz
do. V.	4	92,60 bz
Halle-Sorau-Guben	4½	101,75 bz
Hannover-Altenbeken.	4½	— —
Märkisch-Posener	5	100,50 B
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	96,00 G
do. do. II. Ser.	4	— —
do. do. Obl. I. u. II.	4	97,00 B
do. do. III. Ser.	4	93,75 G
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	86,50 B
do. F.	4½	101,50 bzB
do. G.	4½	100,00 bzB
do. H.	4½	101,30 G
do. von 1869.	5	101,75 bzB
do. von 1873.	4	92,00 bz
do. von 1874.	4½	100,00 G
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	103,40 bzB
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	78,50 G
Ostpreuss. Südbahn	4½	99,50 bzG
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	100,00 G
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Dux-Bodenbach	fr.	65,50 G
do. II. Emission	fr.	56,90 G
Prag-Dux	fr.	19,00 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	86,60 G
do. do. neue	5	85,30 bzG
Kaschau-Oderberg	5	60,30 bzG
Ung. Nordostbahn	5	56,60 bzG
Ung. Ostbahn	5	54,00 G
Lemberg-Czernowitz	5	66,25 G
do. do. II	5	68,20 bzG
do. do. III.	5	62,30 G
do. do. IV.	5	57,50 bzG
Mährische Grenzbahn	5	53,50 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	18,20 bz
do. II.	fr.	— —
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	65,50 bzG
Oesterr.-Französische	3	339,00 B
do. do. II.	3	327,25 bz
do. südl. Staatsbahn	3	240,50 bz
do. neue	3	240,25 bzG
do. Obligationen	5	83,00 B
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	83,00 bzG
Warschau-Wien II.	5	96,60 G
do. III.	5	— —
do. IV.	5	83,25 G
do. V.	5	79,20 G

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	4	168,80 bz
do. do.	2 M.	4	167,80 bz
London 1 Lstr.	3 M.	5	20,25 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	80,95 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	196,25 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	197,30 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	173,55 bz
do. do.	2 M.	4½	172,25 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1876	1877		
Aachen-Mastricht	1	½	4	12,90 bzG
Berg.-Märkische	3¾	3⅓	4	76,40 bz
Berlin-Anhalt	6	5¾	4	89,00 G
Berlin-Dresden	0	0	4	7,60 etbzG
Berlin-Görlitz	0	0	4	10,00 bzB
Berlin-Hamburg	11	11½	4	197,50 bz
Berl.-Potsd.-Magdb	3½	3½	4	81,00 bzG
Berlin-Stettin	8⁹⁄₁₀	7¹⁄₁₀	4	97,50 bzG
Böhm. Westbahn	5	5	5	69,20 bz
Bresl.-Freib.	5	2½	4	63,50 etbzG
Cöln-Minden	5¼	5¹⁄₂₀	4	103,25 bz
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	15,50 bzB
Gal. Carl-Ludw.-B.	7	9²⁄₇	4	102,00 bzG
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	10,50 bzB
Hannover-Altenb.	0	0	4	10,00 bz
Kaschau-Oderberg	4	4	5	43,30 bz
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	49,60 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	182,25 bz
Märk.-Posener	0	0	4	15,00 bzB
Magdeb.-Halberst.	8	8	4	126,00 bzG
Mainz-Ludwigsh.	5	5	4	68,25 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	96,50 B
Oberschl. A. C. D. E.	9⅔	8½	3½	126,00 bzG
do. B.	9⅔	8½	3½	— —
Oesterr.-Fr. St.-B.	5⅖	6	4	444,00-444,00
Oest. Nordwestb.	5	4,15	5	188,50 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	0	0	4	119,50-120
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	35,75 bzB
Rechte-O.-U.-B.	6⅖	6⅓	4	106,00 etbzB
Reichenberg-Pard.	4½	4	4½	35,50 bzG
Rheinische	7½	7	4	107,50 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	93,10 bz
Rhein-Nahe-Bahn.	0	0	4	5,10 bzG
Rumän. Eisenbahn	1	2	4	35,25 bzG
Schweiz Westbahn	⅗	0	4	12,60 G
Stargard-Posener	4½	4½	4½	100,90 bz
Thüringer Lit. A.	9¼	7½	4	115,50 bz
Warschau-Wien.	6⅔	5	4	173,40 G

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden	0	0	5	18,50 bzG
Berlin-Görlitzer	0	0	5	28,75 bzG
Breslau-Warschau	0	0	5	25,25 bzG
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	38,50 bz
Hannover-Altenb.	0	0	5	22,90 bz
Kohlfurt-Falkenb.	0	0	5	18,00 G
Märkisch-Posener	3¾	4½	5	86,70 bz
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	75,20 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	104,50 bzG
Ostpr. Südbahn	5	5	5	88,10 etbzG
Rechte-O.-U.-E.	6⅖	6⅓	5	111,60 G
Rumänier	8	8	8	86,75 bzG
Saal-Bahn	0	0	5	15,00 B
Weimar-Gera	0	0	5	14 B

Bank-Papiere.

Alg. Deu. Hand.-G.	0	2	4	26,00 bz
Anglo Deutsche Bk.	0	0	4	— —
Berl. Kassen-Ver.	10⁷⁄₁₂	8⁴⁄₁₅	4	140,25 B
Berl. Handels-Ges.	0	0	4	58,25 bzG
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	6½	6	4	63,00 G
Braunschw. Bank.	5	3	4	83,00 bzB
Bresl. Disc.-Bank.	4	3	4	66,50 bzG
Bresl. Wechslerb.	5⅔	5⅓	4	72,00 bzB
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	5	4	69,25 B
Danziger Priv.-Bk.	7	0	4	— —
Darmst. Creditbk.	6	6¾	4	115,75 bz
Darmst. Zettelbk.	5¼	5³⁄₄	4	100,25 bzG
Deutsche Bank	6	6	4	100,25 bzG
do. Reichsbank	6⅛	6,29	4½	154,60 bz
do. Hyp.-B. Berlin	8	7½	4	83,00 G
Disc.-Comm.-Anth.	4	5	4	132,10 bz
do. ult.	4	5	4	132,50-,25-,40
Genossensch.-Bnk.	5½	5½	4	90,25 G
do. junge	5½	5½	4	93,50 G
Goth. Grundcredb.	8	8	4	97,80 bzG
Hamb. Vereins-B.	10	10⅝	4	— —
Hannov. Bank	5¹⁴⁄₁₅	6	4	103,90 G
Königsb. Ver.-Bnk.	5⅓	6	4	85,10 G
Lndw.-B. Kwilecki.	5½	1	4	52 G
Leipz. Cred.-Anst.	6	5⅔	4	110,50 bzG
Luxemburg. Bank	6	6½	4	105,50 G
Magdeburger do.	6	5⁹⁄₁₀	4	107,00 bzG
Meininger do.	2	2	4	76,10 bz
Nordd. Bank	8	8½	4	— —
Nordd. Grundcr.-B.	8	5	4	45,25 bzG
Oberlausitzer Bk.	1⅔	3	4	67,50 G
Oest. Cred.-Actien	11¼	8⅛	4	401½-400
Posener Pro.-Bank	6½	6½	4	100,50 B
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	79,10 bzB
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	116,90 bzG
Sächs. Bank	8	5¾	4	103,50 B
Schl. Bank-Verein	5	5	4	86,00 bzB
Weimar. Bank	0	0	4	30,30 G
Wiener Unionsbk.	11¹¹⁄₁₄	3½	4	118,00 G

In Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	4,00 G
Berl. Bankverein	—	—	fr.	27 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	12,00 B
Deutsche Unionsb.	—	—	fr.	20,00 G
Gwb. Schuster u. C.	0	—	fr.	— —
Moldauer Lds.-Bk.	0	—	fr.	— —
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Sächs. Cred.-Bank	5½	—	fr.	105,50 G
Schl. Vereinsbank	0	—	fr.	62,00 bzB
Thüringer Bank	0	0	fr.	74,08 bz

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd-A.	0	—	fr.	495 B
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	3,00 B
do. Reichs-u. Co.-B.	0	0	4	69,50 bzG
Märk. Sch. Masch. G	0	0	4	18,50 bzG
Nordd. Gummifab.	5	4	4	45 G
Westend. Com.-G.	0	—	fr.	0,25 G
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12⅘	8	4	85,00 bzG
Schles. Feuervers.	18	25	fr.	960 B
Donnersmarkhütt.	3	3	4	22,00 bzB
Dortm. Union	0	—	4	6,90 bzG
do. abgest.	0	—	4	10,75 G
Königs- u. Laurah.	2	2	4	69,25 G
Lauchhammer	0	0	4	22,50 G
Marienhütte	6	3	4	45,50 B
OSchl. Eisenwerke	0	—	4	— —
Cons. Redenhütte	—	—	4	74,50 B
Schl. Kohlenwerke	0	0	4	6,50 G
Schl. Zinkh.-Actien	7	6½	4	76,00 bz
do. St.-Pr.-Act.	7	6½	4½	90,00 bzG
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	— —
Vorwärtshütte	0	0	4	— —
Baltischer Lloyd	—	—	fr.	5 G
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	2⅔	1	4	52,00 bzG
do. ver. Oelfabr.	3⅓	5	4	51,00 G
Erdm. Spinnerei	0	0	4	12,25 G
Görlitz. Eisenb.-B.	1¾	4	4	64,00 B
Hoffm.'s Wag. Fabr.	0	0	4	16,25 G
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	0	4	26,75 B
Schl. Leinenind.	5½	4	4	67,75 G
do. Porzellan	0	1½	4	31 G
Wilhelmsh. MA.	0	0	4	22,00 B

Bank-Discont 5 pCt.
Lombard-Zinsfuss 6 pCt.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Basel, 9. Dec. Gegenüber den in auswärtigen Blättern verbreiteten anderweiten Mittheilungen versichern die „Basler Nachrichten", daß dem Schweizer Bundesrathe bisher keine Note aus Madrid zugegangen sei.

London, 9. Dec. Unterhaus. Schatzkanzler Northcote erklärte auf eine Anfrage Havelocks, der Regierung seien keine weiteren directen Nachrichten aus Kabul zugegangen. Graf Schuwaloff habe nach seiner Rückkehr den Marquis von Salisbury benachrichtigt, daß der russische Gesandte Afghanistan verlassen habe. Von anderer Seite habe die Regierung erfahren, daß er bereits nach Europa zurückgekehrt sei. — Bourke antwortete Dilke, Münster übergab Salisbury im September eine vertrauliche Mittheilung betreffs Ausführung des Berliner Vertrages; dieselbe könne nicht veröffentlicht werden. Es habe kein Schriftwechsel zwischen den Mächten betreffs der Gewalt der cyprischen Gerichte über Ausländer stattgefunden. Mitbread entwickelt seinen Antrag; er nennt den Krieg ungerecht, er sollte schnellstens beendet werden nach dem ersten Erfolg, ohne den Emir sehr zu demüthigen.

Budapest, 9. Decbr. Das Unterhaus verhandelte über den Antrag Iranyis, den Berliner Vertrag behufs Berathung auf die Tagesordnung zu setzen. Mehrere Redner, worunter Graf Apponyi, sprachen für den Antrag. Nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten, wonach die Abstimmung über die Giltigkeit oder Nichtannahme internationaler Verträge unstatthaft ist, wird der Antrag Iranyis mit 151 gegen 96 Stimmen verworfen. Der „Pester Lloyd" schreibt: In der gestrigen Conferenz bei Tisza, der alle ungarischen Delegirten der liberalen Partei beiwohnten, wurde einstimmig die Ansicht ausgesprochen, für die Occupationskosten pro 1879 20 Millionen Fl. als Pauschale zu votiren.

Petersburg, 8. Decbr. Wie es heißt, hat nunmehr der Rücktritt des Ministers des Innern, Generals Timascheff, die kaiserliche Genehmigung erhalten. General Timascheff ist über 10 Jahre im Amte. Durch unausgesetzte rheumatische Leiden gezwungen, in diesem Sommer einen Urlaub zu erbitten und zum Gebrauche einer Bade-Kur nach Deutschland zu gehen, unterbrach er dieselbe und kehrte auf seinen Posten zurück, sobald er von der Ermordung des Generals Mesentzoff Nachricht erhielt. Darauf faßte er aber den Entschluß, nach Rückkehr des Kaisers um seine Entlassung zu bitten und diesem Entschlusse ist er treu geblieben. Das Ministerium des Innern soll, wenigstens interimistisch, vom bisherigen Gehilfen des Generals Timascheff, Staatssecretär Makoff, verwaltet werden. — Man beginnt in der Stadt vom Rücktritt eines anderen Ministers, des Grafen Tolstoi (öffentlicher Unterricht), zu reden. Er soll amtsmüde und mit dem Erfolg seiner eigenen Verwaltung unzufrieden sein. Als seinen eventuellen Nachfolger bezeichnet man den Fürsten Lieven, Gehilfen des Domänen-Ministers. Fürst Lieven gilt allgemein für einen kenntnißreichen und energischen Mann. Doch sind diese Nachrichten für den Augenblick nur Stadtgespräch.

Triest, 9. Decbr. Der Lloyddampfer „Venus" ist mit der ostindischen Ueberlandpost heute früh 8½ Uhr aus Alexandrien hier eingetroffen.

New-York, 9. Decbr. Der Dampfer „Erin" von der National-Dampfschiffs-Compagnie (C. Messing'sche Linie) ist hier eingetroffen.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 9. Decbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 475. Pariser Wechsel 80, 96. Wiener Wechsel 173, 60. Böhmische Westbahn 138. Elisabethbahn 138. Galizier 203¾. Franzosen*) 221. Lombarden*) 59¾. Nordwestbahn 94¾. Silberrente 54. Papierrente 53⅟₁₆. Oesterr. Goldrente 62⅞. Ungar. Goldrente 72⅝. Italiener —. Russ. Bodencredit 72¾. Russen 1872 81⅜. Neue russ. Anleihe 82. Amerikaner 1885 99⅜. 1860er Loose 109¼. 1864er Loose 256, 00. Creditactien*) 198¼. Oest. National-Bank 682, 00. Darmstädter Bank 115⅞. Meininger Bank 76⁹⁄₁₆. Hess. Ludwigsbahn 68⅞. Ungarische Staatsloose 155, 00. do. Schatzanweisungen, alte —, —, do. Schatzanweisungen, neue 99⅟₁₆. do. Ostbahn-Obligationen II. 64⅟₁₆. Central-Pacific —. Reichsbank 154⅞. Reichs-Anleihe 94⅞. Schwach.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 198⅜, Franzosen 221, Oesterr. Goldrente —, —, Ungarische Goldrente —, Galizier —, —, 1877er Russen —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 9. Decbr., Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 116¼, Silberrente 54⅛, Oest. Goldrente 62¼, Ung. Goldrente 72⅝, Creditactien 198¼, 1860er Loose 108½, Franzosen 551½, Lombarden 149½, Ital. Rente 74, Neueste Russen 82, Vereinsbank 121, Laurahütte —, Commerzbank 101¾, Norddeutsche 138⅝, Anglo-deutsche 30, Int. Bank 83½, Amerik. de 1885 98½, Köln-Minden. St.-A. 103, Rhein. Eisenb. do. 107½, Bergisch-Märkische do. 76½, Disconto 3½ pCt. — Schluß ziemlich fest.

Hamburg, 9. Decbr., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termine fest. — Roggen loco ruhig, auf Termine fest. Weizen per December-Januar 174 Br., 173 Gd., per April-Mai 181 Br., 180 Gd. Roggen per Dec.-Jan. 120 Br., 119 Gd., per April-Mai 122 Br., 121 Gd. Hafer still, Gerste still. Rüböl ruhig, loco 59½, per Mai 59½. Spiritus ruhig, per Decbr. 43¾ Br., per Februar-März 43½ Br., per April-Mai 43½ Br., per Mai-Juni 43½ Br. Kaffee matt, Umsatz 1000 Sack. Petroleum fest, Standard white loco 9, 10 Br., 9, 00 Gd., per December 8, 90 Gd., per Januar-März 9, 20 Gd. — Wetter: Schnee.

Liverpool, 9. Decbr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 Ballen. Unverändert, egyptische flau. Tagesimport 14,000 Ballen, davon 12,000 Ballen amerikanische, 2000 Ballen egyptische.

Liverpool, 9. Decbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1500 Ballen. Unverändert.

Pest, 9. Decbr., Vormittags 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco schleppend, Termine matt, per Frühjahr 8, 67 Gd., 8, 72 Br. Hafer per Frühjahr 5, 85 Gd., 5, 90 Br. Mais (Banat) per Frühjahr 4, 95 5, 00 Br. — Wetter: Schön.

Paris, 9. Decbr., Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per December 27, 00, pr. Januar-Februar 27, 25, per März-April 27, 75, März-Juni 27, 75. Mehl ruhig, per December 60, 25, per Januar-Februar 60, 25, per März-April 61, 25, per März-Juni 61, 25. Rüböl ruhig, per December 84, 50, per Januar 84, 50, Januar-April 84, 50, per Mai-August 84, 50. Spiritus matt, per Decbr. 62, 25, per Januar-April 60, 50. — Wetter: Schön.

Paris, 9. Decbr., Nachm. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. Decbr. pr. 100 Kilgr. 50, 75, Nr. 5 7/8 pr. December per 100 Klgr. 56, 75. Weißer Zucker matt, Nr. 3 per 100 Kilogr. per December 59, 50, per Januar 59, 75, per Januar-April 60, 75.

London, 9. Decbr. Havannazucker Nr. 12 22¾. Fest.

Antwerpen, 9. Decbr., Nachmittags. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen träge. Roggen unverändert. Hafer vernachlässigt. Gerste flau.

Antwerpen, 9. Decbr., Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 22 bez., 22¼ Br., per Januar 22¼ Br., per Februar 22¾ Br., per März 22¼ Br. — Behauptet.

Bremen, 9. Decbr., Nachm. Petroleum fest, aber ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 8, 75, per Januar 8, 75, per Februar 8, 80, per März-April 8, 95.

Berlin, 9. Dec. [Börse.] Der gestrige Privat-Verkehr war in Folge von ausgeführten Deckungskäufen recht fest. Creditactien 400—403—402, Franzosen 444—445, Lombarden 120, 1860er Loose 109, österr. Papierrente 53,10, do. Goldrente 62,25—62,50, ungar. Goldrente 72,50—72,75, Italiener 74,10—74,25, 5% Russen 81,91—82,25—82,10, russische Noten per ult. 197,75—198,25—198, Rumänier 35—35,10, Köln-Mindener Bahn 103, Bergisch-Märkische Bahn 76,25,—76,40, Rheinische Bahn 107,50, Galizier 102,50—102,75, Disconto-Commandit 132,50—132,25—133,25 - 133, Laurahütte 69,75. — Nachbörse: Creditactien 402,50.

Das heutige Geschäft eröffnete ebenfalls in fester Haltung, doch wollte sich der Verkehr nicht beleben. Die Umsätze blieben meist sehr beschränkt und wurden auch nur träge und langsam effectuirt. Trotzdem die von den auswärtigen Börsenplätzen vorliegenden Coursmeldungen der Festigkeit eher eine Stütze boten, so konnte sich dieselbe doch nicht lange behaupten und es trat schon in der ersten Börsenstunde eine ziemlich allgemeine Abschwächung ein. Hervorgerufen war letztere durch die Nachricht von der Zahlungseinstellung der West of England and South-Wales District-Bank in Bristol, deren Passiva 3,500,000 Pfund Sterl. betragen. Die internationalen Speculationspapiere setzten mit ihren gestrigen Schlußcoursen ein, gingen dann aber in langsamen Tempo einige Mark zurück. Oesterreichische Credit-Actien gingen etwas lebhafter um. Franzosen und Lombarden blieben indeß ganz vernachlässigt. Die Oesterr. Nebenbahnen gingen nur in kleinsten Beträgen um und hielten sich in den Notirungen fast ganz unverändert, Prag-Turnau beliebter. Die localen Speculationseffecten blieben fast ganz geschäftslos; Disconto-Commanditantheile trugen indeß einen festen Character. Dieselben notiren: ultimo 132,60—25—40, Laurahütte ultimo 69,40—69,25. Ebenso blieb der Verkehr in den ausländischen Staatsanleihen bei fester Stimmung und etwas höheren Notirungen sehr gering. Russische Werthe fanden eher einige Beachtung. Fünfprocentige Anleihe per ultimo 81⅞—¾—82. Russische Noten sehr still, per ult. 198—7¾—8 (Vorprämie 199¼—1¼), per December 199¾ bis ½—¾ (Vorprämie 200¾—2¼). Preußische und andere deutsche Staatspapiere unverändert still, Eisenbahnprioritäten zeigten etwas regeres Leben. Auf dem Eisenbahnactienmarkt herrschte trotz einiger Coursrückgänge eine feste Stimmung. Per ultimo notiren Bergische 76,40—25. Kölnische 103,25, Rheinische 107,70—40 - 50. Für Halberstädter und Potsdamer zeigte sich gute Kauflust. Stettiner gingen im Course etwas zurück, waren aber nach Notiz stark begehrt. Schweizerische Westbahn und Unionbank beliebt. Rumänier fest und belebt. Weimar-Gera zog 4 % bei regem Geschäft an. Ostpreußische Südbahn weichend. Bankactien sehr still, Leipziger Discontobank und Producten-Handelsbank besser, von Hypothekenbanken zogen im Course Braunschweiger Hypotheken, Deutsche Hypothek und Gothaer Grundcredit an, Deutsche Bank ließ etwas nach, Darmstädter kam niedriger zur Notiz, Schaaffhausen matt, Centralbank für Industrie, Leipziger Creditbank, Berliner Kassenverein und Deutsche Nationalbank weichend, Industriepapiere wenig im Verkehr. Von Brauereiactien zogen Friedrichshain, Tivoli in den Coursen an. Dessauer Gasactien kamen ebenfalls höher zur Notiz, Große Pferdebahn besser, Façonschmiede nachgebend. Hartmann Maschinen gedrückt. Leopoldshall matt. Lauchhammer weichend. Montanwerthe vernachlässigt und wenig fest. Marienhütte Kotzenau und Donnersmarckhütte matt.

Um 2½ Uhr: Schwach. Credit 399,50, Lombarden 119,50, Franzosen 444, Reichsbank 154,60, Disconto-Commandit 132,25, Laurahütte 69,25, Türken 11,90, Italiener 74,10, Oesterreichische Goldrente 62,25, Ungarische do. 72,60, Oesterr. Silberrente 53,90, do. Papierrente 53,10, 5proc. Russen 82,00, Köln-Mindener 103,25, Rheinische 107,50, Bergische 76,35, Rumänen 35,25, Russ. Noten 198,00.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterreich. Silberrent.-Cp. 173⅞ bez., do. Eisenb.-Coup. 173,50 bez., do. Papier in Wien zahlb. min. 50 Pf. k. Wien, Amerikan. Gold-Dollar-Bonds 4,17.25 per Januar bez., do. Eisenbahn-Prioritäten 4,17 per Jan. bez., do. Papier-Dollars 4,16 per Jan. bez., 6% New-York-City 4,17 pr. Jan. bez., Russ. Central-Boden min., — Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 Pf. k. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau. Russ.-Engl. cons. verl. 20,50½ bez., Russ. Zoll 20,50½ bez., 22er Russen —, —. Große Russ. Staatsbahn —, —., Russ. Boden-Credit 20,17 pr. Jan., Warschau-Wiener Comm. 20,10 pr. Jan., 8% Rumänische Staats-Anleihe —, —, Warschau-Terespol 20,17 bez., 3% und 5% Lombard min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. 20 Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris, Belgische minus — Pf. Brüssel, Verl. Lstr.-Obligat. 20,34 per Januar.

Breslau, 10. Dec., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Geschäftsverkehr im Allgemeinen von keiner Bedeutung, bei mäßigem Angebot Preise unverändert.

Weizen, feine Qualitäten preishaltend, pr. 100 Kilogr. schlesischer neuer weißer 13,30—15,70—17,00 Mark, neuer gelber 13,00—15,40 bis 16,40 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, bei schwächerem Angebot fester, pr. 100 Kilogr. 10,30 bis 11,30 bis 11,90 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste in gedrückter Stimmung, pr. 100 Kilogr. neue 12,30 bis 13,30 Mark, weiße 14,00—14,60 Mark.

Hafer schwach gefragt, pr. 100 Kilogr. neuer 9,80 — 10,30 — 11,00 bis 12,10 Mark.

Mais in matter Stimmung, pr. 100 Kilogr. 10,80—11,60—12,00 Mark.

Erbsen mehr angeboten, pr. 100 Kilogr. 13—14—16 Mark, Victoria-17,50—18,50—19,50 Mark.

Bohnen schwache Kauflust, pr. 100 Kilogr. 15,50—16,50—18 Mark.

Lupinen ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. gelbe 8,00—8,20—8,50 Mark, blaue 8,00—8,10—8,40 Mark.

Wicken schwacher Umsatz, pr. 100 Kilogr. 10,40—11,00—11,60 Mark.

Oelsaaten ohne Aenderung.

Schlaglein unverändert.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	24	—	21	—	19	—
Winterraps	23	75	20	50	18	—
Winterrübsen	23	—	20	—	18	—
Sommerrübsen	23	—	20	—	18	—
Leindotter	20	—	19	—	17	—

Rapskuchen schwach gefragt, pr. 50 Kilogr. 6,30—6,60 Mark.

Leinkuchen ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 8,10—8,50 Mark.

Kleesamen in matter Haltung, rother schwache Kauflust, pr. 50 Kilogr. 35—39—43 Mark, — weißer ruhig, pr. 50 Kilogr. 42—55—63 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee nominell, pr. 50 Kilogr. 15—18—19 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 24,75—26,75 Mark, Roggen fein 18,25—19,25 Mark, Hausbacken 18,00—18,50 Mark, Roggen-Futtermehl 8—9 Mark, Weizenkleie 6,25—7,25 Mark.

Heu 2,40—2,80 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 18,00—20,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Dec. 9., 10.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme	— 0°,6	— 0°,9	— 0°,9
Luftdruck bei 0°	326''',69	326''',92	326''',24
Dunstdruck	1''',75	1''',75	1''',84
Dunstsättigung	93 pCt.	95 pCt.	100 pCt.
Wind	N. 0.	NW. 1.	NW. 1.
Wetter	bedeckt.	bedeckt.	Schnee.

Breslau, 10. Dec. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. — Cm. U.-P. — M. 32 Cm.

„Nach berühmten Mustern." Parodistische Studie von Fritz Mauthner. Stuttgart. W. Spemann. Ein scherzhaftes Büchlein, dessen Verfasser eine spitze, aber harmlose Feder besitzt, die er ergötzlicher Weise zu führen versteht. — Er geißelt die übertriebene, nach malerischen Effecten haschende Schreibweise, welcher sich einzelne, sonst hervorragende Schriftsteller in den letzten Jahren zu bedienen pflegen; — manirirte Schreibweise, durch Nachahmung in so täuschender Weise, daß man sie zu hören glaubt. — Besinnt man sich und sieht sich das Geschriebene näher an, so ist man erstaunt, zu bemerken, wie gewisse Formen blühenden Unsinn zu decken vermögen. —

„In des Veilchens zartem Moose
Ruht ein reitender Ulan"

sang unser unvergeßlicher Freund Wollheim. S.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.